

WER MITGLIED DES GRENZFRIEDENSBUNDES WERDEN MÖCHTE

wende sich an die Geschäftsstelle
225 Husum, Theodor-Storm-Straße 9

DER MITGLIEDSBEITRAG FÜR DAS JAHR 1973

wird erbeten auf das Konto Nr. 13 862
bei der Sparkasse Nordfriesland, 225 Husum
oder auf das Konto 114 07 beim Postscheckamt Hamburg

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Golo Mann</i> Wer immer sich dem Denken ergibt	3
<i>Gerd Vaagt</i> Die letzten Monate vor dem 24. März 1848	7
<i>Jörn-Peter Leppien</i> Die schleswig-holsteinische Geschichte seit 1866 (II)	1
<i>Ein Interview und sein Echo (Ernst Beier)</i> Wir müssen lernen, über unsere Vergangenheit miteinander reden zu können	1
<i>Gerhard Beier</i> Kollaboration mit dem Nationalsozialismus?	10

AUTOREN DIESES HEFTES

GERHARD BEIER, geb. 1937 in Flensburg; Promotion 1966 in Kiel; Schulungsleiter der IG Druck und Papier; Bundestutor für politische Bildung beim Deutschen Volkshochschul-Verband; z. Z. Wissenschaftlicher Mitarbeiter; Veröffentlichungen zur Sozialgeschichte und zur politischen Bildung.

JÖRN-PETER LEPPHEN, geb. 1943; Abitur 1964 Domschule Schleswig; Studium der Geschichte und Anglistik; besonderes Interessengebiet und Veröffentlichungen schleswig-holsteinische und nordische Geschichte.

GERD VAAGT, geb. 1929 in Flensburg; tätig als Studiendirektor an der Goethe-Schule in Flensburg; Veröffentlichungen zur schleswig-holsteinischen und Flensburger Stadtgeschichte.

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Bezugspreis für V 3339 F 2,— DM, für V 3340 F 1,— DM jährlich. Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. *Redaktion: Ernst Beier, 238 Flensburg, Waldstraße 40.*

Geschäftsstelle Husum, Theodor-Storm-Straße 9.

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Abt. Christian Wolff, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

WER IMMER SICH DEM DENKEN ERGIBT ...

Wer immer sich dem Denken ergibt, besonders dem historischen, muß Spannungen aushalten, muß die Wahrheit nicht scheuen, auch wenn es vielfältig verwirrende Wahrheit ist. Wohl hat es Historiker gegeben, die sich in völliger Harmonie mit ihrem Gegenstand fühlten, die ja sagten zu allem, was sie zu erforschen und darzustellen hatten: gläubige Christen wie Bossuet, gläubige Philosophen wie Hegel, gläubige Anhänger der nach Marx benannten Schule. Die Harmonie ist regelmäßig auf Kosten der Wahrheit gegangen; es blieb zu viel, was im geglaubten Schema nicht aufging. Es hat auch Historiker gegeben, die in völliger Disharmonie mit ihrem Gegenstand lebten. Es war alles falsch, dumm, irrig, böse, närrisch, es hätte immer alles anders getan werden müssen. So einer war Hypolite Taine, Erforscher der Entstehung des modernen Frankreich; das Anden Regime gefiel ihm nicht und die Revolution gefiel ihm noch weniger und die aus der Revolution sich allmählich erhebende bürgerliche Republik gefiel ihm auch nicht. Es hat Historiker gegeben, die erkennbaren, endgültigen Sinn in der Geschichte suchten, und gibt sie auch heute; andere, die überhaupt keinen Sinn in ihr fanden — „Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen“, wie ein deutscher Philosoph sein Buch etwas marktschreierisch nannte. Alle solche Dekrete erscheinen mir billig. Wer sich nichts vormachen, wer weder der Wahrheit Gewalt antun noch seinen Mitmenschen nihilistisch schaden will, der geht den schwierigen, den jeweils nur persönlich zu findenden, schwankenden Mittelweg. Sinn, ja: aber in den historischen Vorgegebenheiten, in der Widerspenstigkeit des Stoffes, welches der Mensch selber ist, immer wieder versinkender, abgebrochener Sinn. Fortschritt, ja: aber Fortschritt in einer Sphäre, ohne daß er in jeder anderen erkennbar wäre, Fortschritt, ambivalent in seinem Wert, neue Plagen, neue Gefährdungen schaffend, indem er uns von alten befreit.

Emanzipation, ja: und in den letzten dreihundert Jahren überaus deutlich, aber ohne daß die Frage, Freiheit zu welchem Gebrauch, Freiheit für welche Dauer, je zuverlässig oder endgültig beantwortet werden könnte. Daß der Mensch sich selber, und besonders den gutwilligen Idealisten, immer wieder Enttäuschungen bereiten wird, ist eine Wahrheit, von welcher der Historiker den Blick nicht wenden darf, auch wenn er wie der englische Geschichtsforscher Lord Acton die Freiheit angelsächsischen Stils als der Menschheit hohes Ziel und Krönung einer vieltausendjährigen Entwicklung ansah. Es konnte dieser hoffnungsstolze Gelehrte für sich notieren: „Nutzen der Historie — keine Überraschungen. Er — der Historiker — hat das alles schon gesehen. Er weiß, welche dauernden, unwandelbaren Mächte dem höheren Sinn Widerstand leisten. Welche Schwächen, Spaltungen, Maßlosigkeiten die bessere Sache verderben. Die glitzernden Argumente des Irrtums, die schwindelnde Anziehungskraft der Sünde. Und durch welche Anpassung an niedrige Motive die guten Sachen Erfolg haben.“ — Er hat alles schon gesehen: Es ist, was Hegel die „ernsten Wiederholungen der Geschichte“ nennt, und was man auch die öden, die grausamen, die tief deprimierenden Wiederholungen der Geschichte nennen könnte.

Sie sind es, deren Kenntnis das historische Temperament zu einem überwiegend konservativen machen. Sicher, es hat auch revolutionäre Geschichtsforscher gegeben, und heute wird von den Lehrern der Geschichte verlangt, daß sie der Emanzipation dienen, nicht der Erhaltung verschleieter Herrschaft. Trotzdem ist Utopie eines und Geschichte etwas wesentlich anderes. Der Historiker, so wie er bisher meistens war, zieht die Reform der Revolution vor, denn seine Studien lehren ihn, daß Revolutionen mehr kosten, als sie bringen, und nur einen geringen Teil von dem bringen, was sie versprochen; daß die Natur zurückkehren wird, auch wenn man sie mit der Mistgabel austreiben sollte. Er weiß von der Unvermeidlichkeit der Konflikte zwischen Staaten, Gruppen, Individuen; aber ein sich Treffen in der Mitte, der Kompromiß, wird ihm lieber sein als der Kampf bis zum bitteren Ende. Wissend, wie furchtbar verblendet, starrsinnig und selbstsüchtig die für ein Gemeinwesen Verantwortlichen in Krisen zu handeln geneigt sind, kann er ein Liebhaber der großen Krisen nicht sein; sie nach Möglichkeit zu vermeiden wird er für eine Hauptsache der Staatskunst halten. Der Satz Hegels: „Die Weltgeschichte ist nicht der Boden des Glücks, die Perioden des Glücks sind leere Blätter in ihr“ — diese These voller Menschenverachtung gilt für ihn gerade nicht, und er ... wird versucht sein zu antworten: Dann, je weniger Weltgeschichte, oder je mehr leere Blätter in ihr, desto besser. Allemal wird genug „Weltgeschichte“ bleiben, und in unserer eigenen Zeit genug über und über.

Unsere eigene Zeit. Der Historiker und die Gegenwart, der Historiker und die Zukunft. Er wird sich dennoch um sie nicht drücken dürfen. Zu sagen, er

beschäftige sich ja nur mit der Vergangenheit, nicht, insofern sie werdende Zukunft ist, mit dieser Ausrede wird er nicht durchkommen. Geschichte geht über in Zeitgeschichte, Zeitgeschichte in Politik, Politik wird von Zukunftsforschung sich mehr und mehr informieren lassen müssen. Jedes historische Urteil hat auch politische Bedeutung, jede historische Darstellung hat Aktualität, sehr direkt oder sehr indirekt oder etwas in der Mitte.

Die Frage ist nun, wie der Historiker, auch und gerade jener, den seine Überlegungen überwiegend konservativ stimmten, sich den Aufgaben der Gegenwart stellt. Soll er nichts mitbringen als seine Skepsis und sie zu verbreiten suchen? Keineswegs. Wenn die Geschichte vom Unheil der Selbstüberhebung und Verblendung weiß, so weiß sie auch von der Unvermeidlichkeit des Wandels, von Notwendigkeiten, die verfehlt wurden, vom Verhalten ehemals passender Ordnungen und Wertungen und Begriffe. Sie lehrt uns das Neue; ein Nicht-hilflos-Sein gegenüber dem Neuen, hilflos, wie die altrömische Republik es war, eben weil sie nichts von Geschichte wußte, ein unter Kontrolle bringen des Neuen. Nur, wer Vergangenheit kennt, wird die nicht in jeder Beziehung, aber in vielen Beziehungen beispiellose Situation des Menschen in unserer eigenen Gegenwart verstehen, die beispiellosen Gefährdungen, die beispiellosen Möglichkeiten, die vital notwendigen Veränderungen. Keinerlei Skepsis muß und darf den Historiker daran hindern, für Neuerungen einzutreten, die möglich sind, die dem Menschen gemäß sind und deren Ausbleiben ihn ins Verderben führen würde. Froh wäre ich, wenn ich von mir sagen könnte, daß ich es immer so gehalten und die Spannung zwischen Skepsis und Bereitschaft zu jeder notwendigen, guten Reform auszuhalten wenigstens versucht habe. Andernfalls wäre es billiger Pessimismus gewesen, Nihilismus, den ich für unpraktisch und unmoralisch ansehe und den ich verachte. Wer sich mit der Geschichte von Menschen und des Menschen befaßt, der muß ja wohl ernstnehmen, womit er sich befaßt, er muß, mit einem lateinischen Wort, Humanist sein. Und dabei werde ich mit der Überzeugung leben und sterben, daß Humanismus logisch unmöglich, gedanklich undurchführbar ist ohne einen das Humanum transzendierenden Glauben.

GOLO MANN

Aus der Dankesrede zur Verleihung des Literaturpreises Deutscher Freimaurer 1972.

Mit freundlicher Genehmigung des Bauhütten Verlages Hamburg entnommen der Schrift „Baumeister einer brüderlichen Welt: Golo Mann“,

Dokumente einer Ehrung, S. 32-36.

Historie liegt zwischen Wissenschaft und Literatur. Sie ist Wissenschaft, solange sie das Konkrete, Beschränkte erforscht; da liefert sie zwingend Wißbares. Sie

geht darüber hinaus, sobald sie das Erforschte in einen Sinnzusammenhang stellt, was sie doch früher oder später tun muß, weil ohne ihn ihre eigene Arbeit sinnlos wäre; und je mehr der Sinnzusammenhang sich erweitert, desto unsicherer wird er, desto abhängiger von persönlicher Interpretation, bis hin zu dem allerweitesten welches der Sinn der Menschheitsgeschichte selber wäre ...

GOLO MANN

Die letzten Monate vor dem 24. März 1848

Nach dem Briefwechsel des von 1846 bis 1848 in Schleswig-Holstein-Gottorf amtierenden Regierungspräsidenten L. N. Scheel

Im folgenden soll über die ersten drei Monate des Jahres 1848 berichtet werden, wie sie sich für den Regierungspräsidenten L. N. Scheel (1796—1874) darstellten. Scheel war 1846 in dieses hohe Amt berufen worden, als nach Bekanntmachung des „Offenen Briefes“ am 8. Juli dieses Jahres viele hohe Beamte aus dem Staatsdienst austraten aus Protest gegen den Versuch Christians VIII., auf diese Weise den dänischen Gesamtstaat zu erhalten.

Scheel führte in den Jahren 1846 bis 1848 einen Briefwechsel mit seinem Freund, dem Grafen Carl Moltke, der als Präsident der Schleswig-Holsteinisch-Lauenburgischen Kanzlei in Kopenhagen nicht nur an der Spitze eines wichtigen Amtes stand, sondern auch über gute Beziehungen zum königlichen Hof verfügte und in immer stärkerem Maße vom König als Ratgeber herangezogen wurde. Die Briefe Scheels befinden sich heute im Reichsarchiv in Kopenhagen, sie bilden die Grundlage dieser Darstellung, die hier und da durch andere Quellen ergänzt wird.

I

Die Stimmung in den Herzogtümern zur Jahreswende 1847/48

Um die Jahreswende 1847/48 hielt der in Schleswig auf Schloß Gottorf residierende Regierungspräsident Scheel die Stimmung in den Herzogtümern für ruhig; während des Kieler Umschlags war weniger politisiert worden als sonst. Die schleswig-holsteinische Agitation hatte nachgelassen, sie stieß zur Zeit im Volk auf wenig Sympathie. Natürlich wurden Vermutungen über die Vorgänge in Kopenhagen geäußert, wo Verfassungspläne ausgearbeitet wurden, wie man wußte. Zur Frage, ob Deputierte aus den Herzogtümern in die dänische Hauptstadt berufen würden, hatten die führenden Politiker gemeint, man werde nach Kopenhagen gehen und am Verfassungswerk mitarbeiten müssen, weil die preußischen Ausschüsse auch nach Berlin gegangen wären und man in Kopenhagen doch die Interessen der Herzogtümer wahrnehmen müsse.

Da starb König Christian VIII. am 20. Januar 1848. Sein Nachfolger, Friedrich VII., erließ einen Offenen Brief, in dem er ankündigte, daß nicht nur die begonnenen Verbesserungen in der Verwaltung fortgesetzt würden, sondern auch die beabsichtigte Ordnung der öffentlichen Verhältnisse zu Ende gebracht werden sollte, um die gegenseitigen Rechte der Bürger zu schützen und die Einigkeit des Vaterlandes zu fördern.

Die durch den Thronwechsel hervorgerufene neue Lage, die sich auch in Kopenhagen durch eiderdänische Forderungen der nationalliberalen Politiker in eine bestimmte Richtung zu entwickeln begann, machte eine Beratung der führenden schleswig-holsteinischen Politiker erforderlich, die sich bei Wilhelm Hartwig Beseler in Schleswig trafen. Aus Kiel kamen die Vertreter des radikalliberalen Flügels: Theodor Olshausen, die Advokaten Fr. Hedde und Claussen. Gewiß, die Erwartungen und Hoffnungen, die der Offene Brief vom 20. Januar geweckt hatte, waren verschieden bei diesem und jenem, aber zunächst konnte man nur abwarten. Noch fürchtete Scheel keine gesetzwidrigen Pläne, da sie — seiner Meinung nach — keinen Anklang finden würden, und es blieb auch vorläufig in den Herzogtümern ruhig.

Um über die Stimmung in Kiel, dem Zentrum der Schleswig-Holsteinischen Bewegung, unterrichtet zu sein, reiste Scheel Ende Januar dorthin. Man konnte sich nirgends besser umsehen als in Kiel, „denn der Kieler schwatzt alles aus, und das meiste, was im Lande geschieht, wird dort zu Markte gebracht,“ meinte Scheel. Die Berichte, die in diesen Tagen bei der Regierung auf Gottorf einliefen, ließen Scheel guten Muts sein; er nahm an, es werde ihm gelingen, die Bürger in guter Stimmung zu halten. Wenn das glückte, so bedeutete es zugleich eine Niederlage für die Advokaten und Ärzte im Lande, die nach Auffassung Scheels die schleswig-holsteinische Politik bestimmten und für die Aufregungen verantwortlich waren. — Noch ließ sich das neue Jahr gut an!

II

Das Echo in Schleswig-Holstein auf das Reskript vom 28. Januar 1848, eine gesamtstaatliche Verfassung betreffend

Am 28. Januar 1848 erließ König Friedrich VII., seit acht Tagen als Nachfolger Christians VIII. auf dem dänischen Thron, ein Verfassungsreskript.

Dieser Entwurf einer Gesamtstaatsverfassung bedeutete die Aufgabe des Absolutismus, den liberalen Forderungen der Zeit wurden bedeutende Zugeständnisse gemacht. Auch den Schleswig-Holsteinern kam der Entwurf entgegen, da in ihm erklärt wurde, daß die Verbindung zwischen den Herzogtümern Schleswig und Holstein aufrechterhalten bleiben sollte, und bestimmt wurde, daß in der gemeinsamen Ständeversammlung das dänische Königreich und die Herzogtümer gleich stark vertreten sein sollten, obwohl die Einwohnerzahl des Königreiches größer war als die der Herzogtümer. Da man in dänischen Kreisen den Präsidenten der Schleswig-Holsteinisch-Lauenburgischen Kanzlei, den Grafen Carl von Moltke, für den Verfasser des Reskripts hielt, bezeichnete man ihn als „Schleswig-Holsteiner“ — was er ganz sicher nicht war. Besonders die Nationalliberalen und Eiderdänen, die in der dänischen Hauptstadt jetzt den Ton angaben, übten scharfe Kritik an dieser Gleichstellung des

Königreichs mit den Herzogtümern, und sie forderten, die Verbindung des Herzogtums Schleswig mit Holstein, das bekanntlich dem Deutschen Bund angehörte, zu lösen und Schleswig enger mit dem dänischen Königreich zu verbinden. Das wiederum stieß bei den Schleswig-Holsteinern auf Widerstand, einer Partei, die neben der engen Verbindung der Herzogtümer untereinander ihre Zugehörigkeit zum deutschen Raum betonte und für die nationale Einigung Deutschlands arbeitete.

Da der Verfassungsentwurf durch 52 „erfahrene Männer“ geprüft werden sollte — je 26 aus den Herzogtümern und aus Dänemark —, verlangte die Frage, ob Vertreter der Herzogtümer nun mitarbeiten sollten, eine Antwort. Von Wilhelm Hartwig Beseler erschien eine vielgelesene Broschüre „Annehmen oder Ablehnen“. Zunächst war man in den Herzogtümern vom Verfassungsreskript überrascht und ohne Meinung, was zu tun sei. In Altona wollte man abwarten, was in Kiel geschah. Der Advokat Claussen, ein Wortführer des liberalen Flügels der Schleswig-Holsteiner, vertrat die Meinung, man müßte die liberale Frage höher stellen als die nationale und deshalb das Angebot zur Mitarbeit am Verfassungswerk annehmen, also erfahrene Männer wählen und nach Kopenhagen schicken. Dieser Auffassung traten viele bei, sie fand allgemein Anklang. Dagegen äußerten Theodor Olshausen, der Herausgeber des liberalen „Kieler Correspondenz-Blattes“, der Kieler Advokat Fr. Hedde und andere ihre Bedenken, sie wollten sich erst mit anderen Politikern beraten, entschieden sich aber dann doch für die Wahl.

In der Stadt Schleswig sprachen sich Beseler, die Regierungsräte Lüders und Engel, der Hardsesvogt Jacobsen und der Arzt Dr. med. Steindorf jedoch dafür aus, weder zu wählen noch nach Kopenhagen zu gehen. Als Männer, die die nationale Frage über alles stellten, wirkten sie in ihrem Sinne auf die Bevölkerung ein; so schlug denn auch in der Stadt Schleswig die Stimmung bald um. Die Bürger, die zunächst recht zufrieden gewesen waren und das Verfassungsreskript als ein Geschenk angesehen hatten, begannen ihre Zweifel zu äußern, und es war abzusehen, wann die ablehnende Meinung die herrschende sein würde. Waren manche besonnene Bürger noch ängstlich, so hörte man von anderen revolutionäre Worte von einer allgemeinen Schilderhebung, oder daß den Herzogtümern eine Mausefalle gestellt sei, daß die Zeit der Tat nun da sei und dergleichen.

Der Regierungspräsident Scheel war vom Verfassungsreskript ebenso überrascht worden wie die Einwohner der Herzogtümer, eine Tatsache, die sicherlich nicht nur mit den durch den Winter bedingten schlechten Verbindungen nach Kopenhagen zu erklären ist. Schon in den vorangegangenen Monaten hatte er erkennen müssen, wie wenig er zu politischen Entscheidungsprozessen gefragt wurde, wie sehr er ohne echten Einfluß war, obwohl er nicht nur ein guter Kenner

der Verhältnisse des Landes war, sondern auch eine eindeutige politische Haltung einnahm, die mit dem bisherigen Kurs, trotz der Gegensätze den dänischen Gesamtstaat zu erhalten, übereinstimmte. Seine immer wiederholte Forderung, in den Herzogtümern ein der Regierung wohlgesinntes Presseorgan zu schaffen, war ohne Erfolg geblieben. Scheel wußte nur zu gut, daß bei der Macht, die die Presse gewonnen hatte, es nicht allein genügte, gut zu regieren, sondern es auch notwendig war, die allgemeine Überzeugung zu wecken, daß gut regiert werde — und dazu mußte man sich eben der Presse bedienen.

Unvorbereitet, wie er war, konnte Scheel die voraussichtliche Entwicklung der Stimmung im Lande nicht abschätzen, auch wenn er glaubte, daß es ruhig bleiben werde. Für ihn stellte sich die Lage wie folgt dar: Das übrige Land war bei allen politischen Fragen hauptsächlich von der Stimmung in den drei Städten Kiel, Schleswig und Altona abhängig. Von diesen drei Zentren der schleswig-holsteinischen Politik hatte Kiel den entscheidenden Einfluß.

Zunächst blieben diejenigen, die das Verfassungsreskript ablehnten, wie die Schleswiger, in der Minderheit. Die Ritterschaft trat für eine Mitarbeit ein. Dann setzte mit Hilfe der auswärtigen Presse, die zum Teil über die Hansestadt Hamburg, in der eine freiere Zensur ausgeübt wurde, in die Herzogtümer eindrang, eine Agitation gegen die Verfassungspläne mit einer Heftigkeit ein, die alles Frühere übertraf. So wurde das Inland bearbeitet, und das Ausland, der deutsche Raum vor allem, auch. Da kein Presseorgan eine gemäßigte Ansicht vertrat, konnte die beabsichtigte Wirkung nicht ausbleiben. Würde die Tendenz zu gewaltsamen Demonstrationen sich durchsetzen? Äußerungen wie „jetzt muß es halten oder brechen“ oder „nun ist der Augenblick der Entscheidung“, wurden immer öfter ausgesprochen. Carl Moltke und Scheel wurden Heuchler und Landesverräter genannt.

Dennoch befürchtete Scheel noch keine eigentliche Bewegung, d. h. den Ausbruch einer Revolution, bevor nicht das Verfassungswerk abgeschlossen und publiziert war. Die zeitweiligen Zustände in Deutschland mußten, so meinte er, modifizierend auf die Stimmung in den Herzogtümern einwirken.

Die Uneinigkeit im Lager der schleswig-holsteinischen Partei hielt an: sollte man nach Kopenhagen gehen oder nicht? Die Agitation gegen die Wahlen der erfahrenen Männer wurde in Schleswig von Beseler, dessen Schrift „Annehmen oder ablehnen“ von Haus zu Haus getragen wurde, in Holstein von Advokat Nickels in Glückstadt und Advokat Löck in Itzehoe betrieben. Einige Artikel des dänisch-nationalen Blattes „Fædrelandet“ zur Verfassungsfrage eigneten sich bestens zur Übernahme in schleswig-holsteinische Blätter zwecks antidänischer Agitation.

Auf einer Kieler Versammlung von Ständeabgeordneten *am 17. Februar 1848* entschieden sich trotzdem von 60 erschienenen Ständeabgeordneten aus den

Herzogtümern — es fehlten vor allem die Vertreter aus dem nördlichen Schleswig und aus der Stadt Flensburg — doch 39 für die Wahl von erfahrenen Männern zur Mitwirkung am Verfassungswerk.

Aber ein europäisches Ereignis von großer Tragweite veränderte auch die Situation in den Herzogtümern.

III

Der Ausbruch der Februar-Revolution in Paris am 24. 2. 1848 und das Echo in Schleswig-Holstein

Am Abend des 28. Februar 1848 traf „mit dem Bahnzuge“ die Nachricht von der Pariser Revolution vom 24. Februar in Kiel ein und verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der Stadt. Eine Extra-Nummer der „Hamburger Nachrichten“ enthielt die ausführlichsten Berichte. Da sie nur in wenigen Exemplaren nach Kiel gekommen war, wurde sie an öffentlichen Plätzen den Versammelten vorgelesen. Die großen Ereignisse, deren Wirkungen unberechenbar waren, wurden in größeren Kreisen besprochen. In dem kurzen Kommentar des „Kieler Correspondenz-Blattes“ vom 29. Februar, das diese Nachricht enthielt, heißt es: „Was zunächst den Deutschen als unerlässlich und ohne Aufschub notwendig erscheinen muß, ist die engere Vereinigung des zerstückelten Deutschlands und großartige feste volkstümliche Institutionen; ohne sie kann Deutschland eine ähnliche Verheerungen treffen, wie sie vielleicht Frankreich von neuem bevor steht. Die Blicke aller Vaterlandsfreunde werden zunächst auf Berlin gerichtet sein.“

Bemerkenswert ist, daß in dieser ersten Stellungnahme zur Februarrevolution über das Verhältnis der Herzogtümer zu Dänemark nichts ausgesagt wird, sondern die *deutsche* Frage im Vordergrund steht. Die Große Französische Revolution des Jahres 1789, auf die angespielt wird, ist noch in Erinnerung. Wie die Nachrichten von der Februar-Revolution in den Herzogtümern aufgenommen wurden und welche Aktivitäten sie auslösten, entnehmen wir einem Brief des Regierungspräsidenten Scheel an seinen Freund Carl Moltke in Kopenhagen. Scheel schreibt:

Der Eindruck der Pariser Nachrichten zeigte sich zuerst in Kiel. Studenten und andere Individuen wogten unter Absingen revolutionärer Lieder abends bis spät in die Nacht hinein auf den Straßen. Damit hatte es jedoch sein Bewenden, die bewaffnete Macht mußte nicht eingreifen. Die äußere Ruhe ist nicht weiter gestört worden. Man arbeitete jedoch möglichst an der Aufregung, teils durch die Presse, indem man die Schriften von Beseler und Hedde zur Frage, ob die Schleswig-Holsteiner am Verfassungswerk mitarbeiten sollten, verbreitete, Unterschriften für Petitionen um Censur- und Associationsfreiheit sammelt, teils durch Clubs. Man hat einen Bürgerverein gegründet, angeblich um Kommunalangelegenheiten zu

besprechen. In der ersten Versammlung wurde auch ein Vortrag über die ökonomischen Verhältnisse der Stadt Kiel gehalten, ist aber in der folgenden Versammlung zu politischen Vorträgen übergegangen. Der Redakteur Theodor Olshausen, Herausgeber des ‚Kieler Correspondenz-Blattes‘, hält in der Gewerbeschule Vorträge zum Besten der notleidenden Weber in Schlesien, die, wie alles, was von ihm ausgeht, nach Meinung Scheels, ‚eine kommunistische Tendenz‘ haben. Im übrigen scheint man den Gang der Begebenheiten in Deutschland abwarten zu wollen.

Über die Vorgänge in der Hansestadt Hamburg, deren politische Entwicklung für Holstein und damit für die Herzogtümer von großer Bedeutung sein mußte, wußte Scheel zu berichten:

Am Abend des 3. März durchzog ein als französischer Blusenmann gekleideter Mensch [die Bluse als allgemeines Kleidungsstück der Arbeiter in Frankreich war die bezeichnende Tracht der Revolutionäre] singend und lärmend die Straßen Hamburgs. Ihm schloß sich sogleich eine Masse Volks an, und der Haufen begab sich zunächst nach dem Hause des Bürgermeisters, abwechselnd ‚Schleswig-Holstein meerumschlungen‘ und die ‚Marseillaise‘ singend. Die Fenster wurden eingeschlagen, unten im Hause einiges zerstört usw. Der Generalmarsch der Bürgergarde wurde geschlagen, und obwohl sogleich die meisten ihrer Trommeln von dem Pöbel zerstört wurden, fand sich dennoch eine bedeutende Menge von Bürgern ein, die durch ihre entschlossene Haltung die Ruhe wiederherstellten, so daß um 1 Uhr die Straßen gesäubert waren. In St. Pauli blieb es ruhig, und diesem Umstand war es zu danken, daß auch in Altona, der holsteinischen Nachbarstadt Hamburgs, die Ruhe nicht gestört wurde. Dort war man auf alles gefaßt gewesen und hatte die nötigen Vorkehrungen getroffen.

In Rendsburg war für den *Abend des 5. März* eine allgemeine Bürgerversammlung angesagt worden, nachdem im Bürgerverein am Vorabend u. a. darüber referiert worden war, daß die Obergerichte der Herzogtümer das Recht der Untertanen anerkannt hätten, sich der Polizei mit Gewalt zu widersetzen, falls diese einschreiten wolle.

Die Bürgerversammlung fand statt; ein Buchbindergeselle, ein Mützenmacher, ein Krugwirt und zwei Advokaten waren die Hauptredner. Es ging toll her, man prügelte sich um das Wort, machte den Vorschlag, auf den Paradeplatz zu gehen und dort die Republik auszurufen, trieb endlich einen solchen Skandal, daß die besonnenen Bürger davongingen, und die ganze Sache blieb ohne jedes andere Resultat, als daß eine Petition im Sinne des Beselerschen Aufrufes beschlossen und unterzeichnet wurde. In der Adresse an den König wurde um Gewährung der Presse- und Versammlungsfreiheit gebeten. — Die Polizei schritt nicht ein. — Ein Zeitungsbericht über die Rendsburger Bürgerversammlung ergänzt die Darstellung Scheels:

„Wir haben uns aller *direkten* Polemik gegen die Gesamtstaatsverfassung enthalten, statt dessen aber die Idee der einheitlichen Entwicklung Deutschlands, wie sie der [Deutsche] Bund in seinem Manifeste [vom 1. März 1848] ausgesprochen, als die nun auch in den höchsten Regionen anerkannte Basis unseres politischen Strebens aufgestellt. Wir hoffen, daß nun das Staatsleben des gesamten Vaterlands in dieser Richtung sich bewegt, daß es uns gelingen wird, ein Deutsches Parlament in Frankfurt zu begründen, was fortan der Flensburger Zeitung [ein deutschsprachiges, aber dänischgesinntes Blatt, das seit 1840 erschien] und Consorten [gemeint sind die Kreise, die für eine weitere Verbindung der Herzogtümer mit Dänemark eintraten] es unmöglich machen wird, zu meinen, daß Deutschland nur ein geographischer Begriff sei. Wir hoffen Großes für die Ehre des Deutschen Namens von der nächsten Zukunft, denn überall ist man jetzt wachsam genug, um auf das, was uns Not tut, mit aller Energie hinzudrängen, um endlich ein freies und gemeinsames Staatsleben zu begründen, das durch die Würde seiner Existenz allen Wunderlichkeiten und Verwirrungen theoretischer Phantasten mit einem Male ein Ende machen, und der Welt das Schauspiel eines großen Volkes gewähren wird, welches in gewohnter Mäßigung und entschiedenem Handeln seine öffentlichen Angelegenheiten zu ordnen wissen wird. Wolle Gott, daß dieser Tag uns bald erscheine.“

Nimmt man beide Berichte zusammen, ergibt sich wieder die charakteristische Mischung von revolutionärem Gehabe und Auftreten und nationaler, auf ein geeintes Deutschland zielender Begeisterung, die Scheel nicht zu erkennen scheint.—

Im allgemeinen, so schien es dem Regierungspräsidenten Scheel, zu dessen Bericht wir zurückkehren, war die Stimmung sehr gedrückt und schwankend. Die Agitatoren suchten durch Schriften, Petitionen und falsche Gerüchte aufzuregen. Zu den Gerüchten gehörte die Sage, daß das deutsche Militär mit dem dänischen vertauscht werden solle, daß der als Gesamtstaatsmann bekannte und in schleswig-holsteinischen Kreisen verhaßte Carl Moltke erschossen worden sei, daß die verwitwete Königin Maria, die Gemahlin des verstorbenen Königs Friedrich VI. (1768-1839) gestorben sei, man aber nicht wage, ihren Tod bekanntzumachen, um das Volk durch Entziehung der Lustbarkeiten wegen Staatstrauer nicht zu verstimmen, und dergleichen mehr. Die Leiter der Unruhe, wie Scheel die Führer der Opposition nannte, hielten die öffentliche Meinung noch nicht für reif und warteten den Gang der Begebenheiten in Deutschland ab, um diese den Umständen nach zu nutzen. Die Ansprache des Bundestages¹ an das

¹ Der *Bundestag* war die inoffizielle, bald übliche Bezeichnung für die Bundesversammlung des Deutschen Bundes. Im Deutschen Bund hatten sich von 1815 bis 1866 die „souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands“ zum Zwecke der „Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen

deutsche Volk vom 1. März 1848, in der er zur Eintracht und Ordnung aufgerufen und versprochen hatte, alles aufzubieten, um für die Sicherung Deutschlands nach außen wie für die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens im Innern zu sorgen, hatte — nach Meinung Scheels — ihn womöglich noch weiter in der öffentlichen Meinung heruntergesetzt und nur zu Spöttereien Veranlassung gegeben.

Das war jedoch nicht nur in den Herzogtümern so; selbst bei nachdenklichen und unabhängigen Zeitgenossen verfehlte dieser Aufruf — wie die folgenden Maßnahmen des Bundestages auch — seine Wirkung. Varnhagen von Ense² z. B. notierte in seinem Tagebuch unter dem 3. März 1848:

„Jetzt redet der Bundestag — seit dreißig Jahren zum erstenmal — die Deutschen an, verspricht nationale Förderung! Jetzt sind sie alle so artig, so willig! Schande, Schande über die jetzige Freiheit wie über den früheren Trotz!“ —

Scheel war immer der Meinung gewesen und hatte sich entsprechend auch in Kopenhagen geäußert, daß die Entwicklung der Zustände in Deutschland für die Herzogtümer maßgebend sein würde. Für alle Eventualitäten müßten die zutreffenden Maßregeln ergriffen werden.

Dabei durfte nicht übersehen werden, daß in den Herzogtümern sich unter den Beamten manche befanden, die entweder nicht wollten oder nicht fähig waren, erforderlichenfalls die Regierung zu stützen. Als Beispiel mochte der Stadtpräsident von Rendsburg gelten. Er hatte bei mehrfachen Gelegenheiten bewiesen, daß er altersschwach und für die Verwaltung des Polizeiamtes gänzlich untauglich war. Würde ein Einschreiten erforderlich sein, könnte man nicht auf ihn rechnen.

Es war überhaupt an der Zeit, zu bedenken, was sich abspielen würde, wenn das Militär in Anspruch genommen werden müßte. Für die Städte, in denen eine Garnison lag, war — nach Meinung Scheels — nichts zu besorgen. Bei der vorhandenen Stärke der Truppen könnte aber nicht ohne Gefahr eine Abkommandierung von Truppenteilen vorgenommen werden, aus Altona z. B. könnten keine Einheiten abgezogen werden, da es bedenklich sein müßte, dort weniger als 1500 Mann einsatzbereit zu haben.

Scheel hielt es zu diesem Zeitpunkt für erforderlich, die ganze Friedensstärke des Militärs einzuberufen, was in diesem Augenblick keinen nachteiligen Eindruck machen könnte, da bei den auswärtigen Verhältnissen eine Aufrüstung hier so wenig wie in den anderen Staaten auffallen konnte. Jedenfalls war die Vermehrung der Infanterie dringend ratsam. Wie die militärische Lage war, ergab sich aus folgendem Beispiel:

deutschen Staaten“ zusammengeschlossen.

² Karl August *Varnhagen von Ense* (1785—1858), Schriftsteller, vorher als Offizier in österreichischen und russischen, als Diplomat in preußischen Diensten.

Die Hauptwache in Rendsburg, der starken Landesfestung mit ihren großen Waffenvorräten, war mit 11 Mann, jede Torwache mit 6 Mann besetzt, von diesen 6 Mann standen zwei auf dem Posten, während der Zeit der Ablösung blieb ein Mann zurück. Es war unzweifelhaft, daß die erste Festung im Lande in unruhigen Zeiten nicht hinreichend bewacht war. Dieser Dienst war so in früherer Zeit vom König angeordnet worden und konnte also nicht ohne weiteres verändert werden. Eine andere Frage wurde dadurch neu wieder aufgeworfen, daß der Deutsche Bundestag *am 3. März 1848* es den Regierungen überlassen hatte, die Zensur aufzuheben. Scheel schlug vor, dem Beispiel mehrerer deutscher Staaten zu folgen und die Pressezensur aufzuheben; das könnte für Holstein durch eine königliche Verfügung geschehen. Für beide Herzogtümer sollte ein provisorisches Pressegesetz erlassen werden, je eher, desto besser.

Eine provisorische Verordnung, betreffend die Aufhebung der Zensur und das in Pressesachen zu beobachtende Verfahren für das Herzogtum Holstein wurde bereits *am 10. März 1848* erlassen; für das Herzogtum Schleswig ebenfalls mit im wesentlichen gleichen Inhalt.

In diesem Zusammenhang forderte Scheel, wie schon mehrfach in früheren Jahren, ein Presseorgan für die Regierung, um den verbreiteten Lügen widersprechen und die „nackte Wahrheit“ sagen zu können. Eine Verwaltung könnte nicht die Presse freigeben, ohne ein Blatt zu haben, das ihre Interessen vertrete. Scheel hatte oft die Erfahrung gemacht, daß durch einfache Erzählung der Wahrheit die Ansichten einiger anderer habe berichtigt werden können, und dann war oft die Frage gestellt worden, warum das nicht vorher gesagt worden war, man habe bisher nur das Gegenteil gehört.

Keine Verwaltung könnte „heutigen Tages bestehen ohne Hilfe der Presse“, diese Ansicht würde nicht dadurch widerlegt, das auch eine von der Presse unterstützte Verwaltung gestürzt werden könne. Scheel hielt es für ein dringendes Bedürfnis, daß sich baldmöglichst, d. h. wenigstens in den nächsten Wochen, ein Regierungsblatt konstituiere — aber dazu ist es nicht mehr gekommen. Abschließend in seinem aufschlußreichen Bericht versuchte Scheel die Haltung der Bevölkerung der Herzogtümer in diesen aufregenden Tagen zu kennzeichnen. Weit ausholend stellte er die verschiedenen Einflüsse, die auf sie einwirkten, dar. Von Frankreich wirkte der freie Geist nach allen Richtungen über die Grenzen hinaus und übte einen „starken moralischen Einfluß“ aus; eine „merkwürdig erscheinende, bis jetzt wenigstens nie gesehene Verbindung von Umständen“ fand ganz Europa in dieser Zeit für revolutionäre Bewegungen empfänglich, in einer Zeit, in der in Frankreich das „gleiche verführerische wie verzehrende Feuer angezündet“ wurde. Jeder konnte sehen, daß in Deutschland die Revolution bisher ohne Blutvergießen verlaufen war, weil sie erfolgreich war. Wurde das alles bedacht, galt für die Zustände in den Herzogtümern, wenn man sich nichts

vormachen wollte, „daß wir bedeutende Agitation haben, daß die Regierung in ihren Beamten nicht hinreichend Unterstützung findet, daß die bedeutendsten Männer unserer Gerichtshöfe als die eifrigsten politischen Parteimänner sich haben herausstellen dürfen und daß die Gerichte selbst den Satz bestätigt haben, daß eine politische Partei gegenüber dem Gerichte seine Unabhängigkeit behauptete.“

(Beseler war wegen seiner führenden Beteiligung an der Volksversammlung zu Neumünster, die kurz nach Veröffentlichung des „Offenen Briefes“ 1846 stattgefunden hatte, angeklagt, dann aber vom Glücksstädter Obergericht im August 1847 freigesprochen worden.) Wenn all das bedacht wurde, mußte nach Scheel anerkannt werden, daß zur Zeit noch die Haltung der Bevölkerung in den Herzogtümern jede gemachte Erwartung übertraf. Dies war dem herrschenden Wohlstande, einer Regierung, die für die materiellen Interessen des Landes so überaus tätig gewesen war, und der Vortrefflichkeit des Volkscharakters zu verdanken, eine Anerkennung, welche selbst dann gerecht bleiben würde, „wenn endlich der Tropfenfall die Steine überwältigen sollte“. — So schloß der Brief des Regierungspräsidenten Scheel, den er *am 7. März 1848 schrieb*.

Der zeitliche Abstand läßt es zu, daß wir heute diesen Brief kritisch würdigen; wir wissen, worin sich Scheel irrte, und erkennen, was er richtig sah. Die Ereignisse dieser Wochen und Tage in der Sicht des damaligen Regierungspräsidenten zu verfolgen, ist meines Wissens in dieser Ausführlichkeit noch nicht unternommen worden, scheint jedoch berechtigt zu sein. Scheel schildert äußere Ereignisse und innere Vorgänge und Verhältnisse; macht deutlich, wo bereits Entscheidungen gefallen sind und wie allgemeine Unsicherheit um sich greift; es ist zu erkennen, wie erfolgreiche Beispiele wirken und halbe wie verspätete Maßnahmen ohne Erfolg bleiben, ja notwendige unterbleiben; sichtbar ist, wie die Beamtschaft der Herzogtümer, die tragende Säule eines jeden Staates, sich in großer Anzahl von diesem abgewandt hat und nicht bereit ist, ihm weiter zu dienen, oder schwach ist und versagt bei den Aufgaben, die sie zu leisten hat. All das ergibt in einer Kumulation das Bild einer vorrevolutionären Zeit, wenn auch ungewiß bleiben mußte, wie es weitergeht, da die Anstöße von außen nicht voraussehbar sind, wie auch eine Erwartung allgemeiner Veränderungen stimulieren kann. Noch war nicht zu beurteilen, wie die große Masse des Volkes in kritischen Momenten sich verhalten würde, wie groß ihr Einfluß auf einen sich überstürzenden Geschehensablauf sein könnte.

Weniger deutlich in diesem Brief Scheels wird, daß die revolutionären Bestrebungen trotz der Aufregungen, die sie verursachen, gegenüber den nationalen Forderungen zurücktreten, die von Scheel in ihrer Bedeutung nicht so gesehen werden; vielleicht ist das eine Erklärung dafür, daß er in den Jahren 1846 bis 1848, in denen er an der Spitze der Regierung auf Gottorf steht, nicht nur wenig

erfolgreich gegen die Schleswig-Holsteinische Partei vorging, sondern auch trotz seiner guten Beziehungen nach Kopenhagen über seinen Freund Carl Moltke aus dem eigentlichen politischen Entscheidungsprozeß in immer stärkeren Maße herausgedrängt wurde.

IV

Die nationale und revolutionäre Stimmung in Schleswig-Holstein aus der Sicht des Regierungspräsidenten Scheel

In einem Privatbrief an Carl Moltke meinte Scheel, man sei im Lande doch weiter, als er geglaubt habe, vor allem in Kiel sehe es nicht gut aus. Dort hatte sich ein Bürgerverein gebildet, in dem politische Verhandlungen stattfanden.

Er bedauerte, daß ihm bei seiner letzten Anwesenheit in Kopenhagen, im Januar des Jahres, nicht die erhoffte Gelegenheit gegeben war, seine Pläne einer regierungsfreundlichen Presse in den Herzogtümern und überhaupt seine Auffassung darüber, was zu tun sei, im Staatsrat vorzutragen.

Als in Kiel auf Anregung Olshausens eine Bürgerwehr organisiert werden sollte, nahm Scheel sich vor, dorthin zu reisen, um es zu hintertreiben. Falls das nicht glücken sollte, beabsichtigte er, von seiten der Statthalterschaft einzuschreiten, d. h. eine Bürgerwehr zu verbieten. Die Nachrichten aus vielen Teilen des Landes stimmten darin überein, daß man wünschte, die Regierung möge sich nicht schwach zeigen durch Konzessionen, man wollte Ruhe und Ordnung. Scheel konnte sich also in seiner Auffassung bestätigt sehen.

So ist auch zu verstehen, daß er nach Aufforderung aus Kopenhagen die Frage, ob es in den Herzogtümern notwendig sei, die beurlaubte Mannschaft einzuberufen, jetzt verneinte und sich gegen die Einberufung der Ersatzleute zum Wehrdienst aus sprach:

„Die Herzogtümer sind ruhig, und diese Ruhe ist nicht allein eine äußerliche, sondern größtenteils ist auch die Absicht und der Wille vorherrschend, die Ruhe zu erhalten. Dabei aber ist die Tätigkeit der Demagogen groß, und es läßt sich durchaus nicht bestimmen, zu welchen Resultaten sie noch führen kann, besonders, wenn äußere Anlässe oder sonstige Begebenheiten die Aufregung plötzlich vermehren sollten. Man geht offenbar planmäßig und fest darauf zu, verschiedene Bewegungen hervorzurufen. Auf Olshausens Betreiben ist an verschiedene Städte und Distrikte die Aufforderung ergangen,

1. eine eigenwillige Volksbewaffnung vorzunehmen, für Land und Stadt,
2. eine Volksversammlung in Neumünster abzuhalten.“ —

Gerade an der Frage der Volksbewaffnung ist zu erkennen, wie sich in den Entscheidungen dieser Tage in den Herzogtümern vielfach revolutionäre, liberale, nationale und konservative Bestrebungen in eigenartiger Weise mischten. Es ist also wichtig zu wissen, wer in der örtlichen Bürgerbewaffnung führend war, warum

man sie durchführte, welches Programm sichtbar wurde.

Die Volksbewaffnung war — neben den Forderungen nach Schwurgerichten, Presse- und Versammlungsfreiheit, einer verfassungsgebenden Nationalversammlung — eine der liberalen Forderungen des Tages, war ein politisches Grundrecht, das erstrebt wurde.

Doch half die Bürgerwehr auch vielfach den Obrigkeiten dabei, im Interesse aller Bürger und ihres Eigentums die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Außerdem diente eine Volksbewaffnung in den Herzogtümern ihrer Intention nach der Behauptung im nationalen Kampf gegen Dänemark.

Bezeichnend war, daß die vereinigten Ständeversammlungen in Rendsburg am 18. März 1848 dann den Wunsch nach einer Volksbewaffnung aussprachen, „um der äußeren und drohenden inneren Gefahr zuvorzukommen“.

V

Die widrige Stellung des Regierungspräsidenten Scheel —

Sein Plan der Isolierung Kiels als Zentrum der schleswig-holsteinischen Bewegung

In den folgenden Tagen sah Scheel sich in immer stärkerem Maße isoliert. Da seine Stellung in Kiel kompromittiert war, hegte er erneut Rücktrittsgedanken. Aus dieser Stimmung heraus ist ein Plan zu verstehen, der — so ungewöhnlich wie verwegen — auf seiner Einschätzung der Stimmung im Lande beruhte und den Herd der revolutionären Unruhe vor allem in Kiel sah.

„Man will in Kiel Konflikte mit der Macht, um allgemeine Bewegung hervorzurufen; der Ausfall eines solchen Konflikts ist zweifelhaft, der Eindruck, welchen er machen wird, ist nicht zweifelhaft. Man will, d. h. die faktisch regierende Partei, will Lärm; was kann sie weiter wollen? was Paris getan und bewirkt hat? Kiel mit 14000 Einwohnern? wenn es auf sich allein retardiert ist, nicht die Sympathie des Landes hat? Wenn man nun den Kielern bei dem ersten Schritte, sich den obrigkeitlichen Befehlen und Verfügungen, oder vielmehr bei der ersten Willensäußerung, sich diesen zu widersetzen, erklärte: ‚Ihr steht für die Folgen ein‘, die Besatzung wird herausgezogen, um Konflikten vorzubeugen, wird auf einem Platze an der Eisenbahn, z. B. Neumünster, konzentriert, und nicht früher wieder nach Kiel verlegt, als bis die Einwohner selbst darum bitten; man unterrichtet die Behörde rechtzeitig von diesem Schritte und überläßt nun Kiel seinem Schicksal, lediglich es beobachtend, zur formellen Behauptung der Landeshoheit etwa ein Kriegsschiff in den Hafen legend, mit der Instruktion, sich passiv zu verhalten. Die Folgen eines solchen Vorgehens würden sein, entweder daß die Ruhe erhalten würde, weil man an den beabsichtigten Folgen der Unruhe verzweifeln würde, oder es würde zu Vorgängen und Szenen kommen, welche Kiel der Sympathien des Landes berauben und dasselbe isolieren würde.“

Dieser Plan des Regierungspräsidenten Scheel ist bisher, soweit ich sehe, nicht bekannt geworden. Holger Hjelholtz, der in seiner zweibändigen Darstellung „Sønderjylland under Treårskrigen“ mehrfach auf den Briefwechsel Scheels mit Moltke hinweist und ihm zahlreiche Hinweise, Stimmungsbilder und Informationen entnimmt, von denen viele sonst anders nicht überliefert sind, erwähnt diesen Plan der Isolierung Kiels nicht. Das muß verwundern, mag aber damit zusammenhängen, daß Hjelholtz — in vielem sicher zu Recht — ein so positives Bild von Scheel zeichnet, in das dieser phantastisch anmutende Plan, der, nimmt man ihn ernst, sicher zu spät entwickelt wurde, nicht recht hineinpaßt. Andererseits kann er immer als Folge einer Verzweiflung über die herannahende revolutionäre Entwicklung angesehen werden. Hjelholtz meint, daß man durch die Berichte Scheels an Carl Moltke den Regierungspräsidenten als einen furchtlosen Mann, der die Verhältnisse vortrefflich beurteilt und die drohenden Gefahren erkennt, kennenlernt. Diesem Urteil ist grundsätzlich zuzustimmen. Scheels Blindheit gegenüber der nationalen Bewegung, wie sie sich in diesen Briefen an Carl Moltke zeigt, muß jedoch berücksichtigt werden, und seine wachsende Unsicherheit, da er sich auf verlorenem Posten sah. Hinzu kam, daß ihm schon seit Monaten, seit dem Spätherbst 1847, in zunehmendem Maße der Einfluß in den Kopenhagener Regierungsstellen verlorengegangen war. Er mußte sich, trotz seines Briefwechsels mit dem einflußreichen Carl Moltke, oft übergeben sehen und hegte schon früh Rücktrittsgedanken.

(Übrigens fehlt eine kritische Biographie Scheels, die nicht nur seiner Person wegen interessant und ergiebig sein könnte, sondern auch die vorrevolutionäre Zeit aus einem anderen Sichtwinkel heraus erhellen könnte und den zunehmenden Einfluß- und Autoritätsverlust der Schleswig-Holsteinischen Regierung auf Gottorf deutlich machen könnte, dieser eigenen, im Lande befindlichen und beide Herzogtümer als Gesamtheit umfassenden, im Jahre 1834 errichteten Verwaltungsbehörde.) Scheel hielt diesen Plan einer Isolierung der Stadt Kiel für durchführbar, die Befehle müßten nur schnell und unverzüglich gegeben und die Leitung müßte in eine Hand gelegt werden — und hierfür schlug er den Kurator der Kieler Universität, Jensen, vor. Vorher aber müßte der Magistrat der Stadt Kiel vor die Alternative gestellt werden, eine solche Maßnahme zu gewärtigen oder Garantien zu schaffen, daß die Ruhe wiederhergestellt und gegen die Machinationen Olshausens und des Bürgervereins vorgegangen würde. Scheel erkannte also sehr wohl Olshausen als die vorantreibende revolutionäre Kraft. — Der Plan ist nicht zur Ausführung gekommen, und es muß fraglich erscheinen, ob er hätte durchgeführt werden können. —

³ *Holger Hjelholtz*, dänischer Historiker, veröffentlichte 1959 und 1961 die beiden Bände seiner Darstellung „Sønderjylland under Treårskrigen. Et bidrag til dets politiske historie“.

VI

Die Ereignisse in Schleswig und Rendsburg zwischen dem 18. und 24. März

Für Scheel nahmen die Schwierigkeiten zu. Hatte er immer schon mit Opposition unter den Mitgliedern seiner Regierung rechnen müssen und in diesen letzten Wochen Vertrauen nur noch zu einem Kopisten, so brach jetzt in der Regierung auf Schloß Gottorf ein „offener Aufstand der Majorität“ aus, und er mußte versuchen, „die Regierungsrevolte“ bezulegen. In der Stadt Schleswig rührten sich die Schleswig-Holsteiner, es wurde auf Beselers Vorschlag die Bildung eines Bürgervereins gleich dem Kieler beraten und bald darauf in die Tat umgesetzt. Auch hier in der Schleistadt stand die revolutionäre Partei gegen Scheel, er wußte es wohl, auch wenn es zunächst in der Einwohnerschaft noch äußerlich ruhig blieb. Gerüchte aus Kopenhagen brachten neue Aufregung, es wurde die Zahl der in einem Tumult Gefallenen genannt, darüber das größte Detail erzählt usw. Da Scheel schon seit längerer Zeit ohne Mitteilungen aus der dänischen Hauptstadt war, war er nicht imstande, den wahrscheinlich absichtlich zur Beunruhigung der Bevölkerung im Lande ausgesprengten Gerüchten auf bestimmte Weise zu widersprechen. —

Am 18. März kamen in Rendsburg die Abgeordneten der Schleswigschen und der Holsteinischen Ständeversammlung zusammen, um die Nachrichten aus Kopenhagen, wo in verschiedenen Versammlungen die Eiderdänen ihr Programm durchgesetzt hatten, zu beraten und Vorsichtsmaßnahmen zu besprechen, die dazu dienen konnten, im Lande trotz der zunehmenden revolutionären Unruhe in vielen Bezirken das Heft in der Hand zu behalten. Diese Tagung kann mit Recht, wie es vielfach auf dänischer Seite geschieht, als Ausbruch der Erhebung angesehen werden, denn dem Landesherrn wurde bekanntlich ein Ultimatum vorgelegt, das eine Deputation von fünf Mitgliedern, darunter Olshausen, der Exponent des linksliberalen Flügels der Schleswig-Holsteinischen Partei, zu überbringen hatte. —

Vor Erhalt der Nachrichten aus Rendsburg zog Scheel ein Resümee der Lage. Er glaubte nicht mehr, daß man sich auf das Militär, auf die Rendsburger Garnison verlassen konnte, und die Einberufung der Beurlaubten schien ihm zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zweckmäßig zu sein. Eine Arretierung „unserer Individuen“ (gemeint sind die führenden Mitglieder der Schleswig-Holsteinischen Partei, an deren revolutionären Bestrebungen es nach Scheel keine Zweifel mehr geben konnte) in Kiel, Rendsburg und Schleswig war die Grundbedingung einer jeden kräftigen Maßregel. — Auch früher schon hat Scheel den Gedanken vertreten, daß die Städte Kiel, Rendsburg, Schleswig und Altona, das hier keine Erwähnung findet, die führenden Kräfte der Oppositionspartei enthielten, und eine regionale Analyse dieser Zeit und der folgenden Wochen und Monate kann zeigen, wo die

Schwerpunkte lagen, aus welchen verschiedenen Motiven heraus die politischen Führungskräfte in den städtischen Verwaltungen und in der Bürgerschaft zur Schleswig-Holsteinischen Erhebung Stellung nahmen, wie man sich, hier oder dort, weiterhin verhielt, wobei nur eine Aussonderung der nördlichen Gebiete des Herzogtums Schleswig als nicht ausreichend angesehen werden muß. Das ist z. B. leicht nachprüfbar in der Frage der Einrichtung der Bürgerwehren, wie schon kurz dargelegt, weiter bei der Behandlung des Anerkennungsersuchens der Provisorischen Regierung und ferner im späteren Verhalten zu ihr.

Daß die bald einsetzenden kriegerischen Ereignisse für die Bewohner einiger Gebiete bestimmend waren, ist selbstverständlich, aber die militärischen Folgen und Notwendigkeiten, z. B. auch für die holsteinischen Gebiete, bedürfen noch einer genaueren Untersuchung. Wie war es z. B. mit der Begeisterung für Militärdienst, wie viele junge Männer zogen eine voreilige Eheschließung vor, um als Verheiratete zurückgestellt zu werden? — War es zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch möglich, die führenden Vertreter der Schleswig-Holsteinischen Partei zu verhaften, um das revolutionäre Treiben zu unterbinden?

Scheel gab sich selbst die Antwort: Er glaubte nicht, daß dies ohne den offenen Ausbruch der Revolution ausführbar war; er glaubte nicht, daß man durch das Militär unterstützt werden konnte, auf das kein Vertrauen zu legen war; er glaubte ferner nicht, daß die Gerichte eine solche Aktion schützen würden, auch wenn „viele Bessergesinnte“ darin eine Beruhigung finden würden. Der Regierungspräsident hatte erkannt, daß über diesen Plänen das Diktum des Zuspät! stand. Da er ohne alle Nachrichten aus Kopenhagen über die dortigen Absichten blieb, schickte Scheel darum *am 19. März 1848* morgens den Regierungsrat Hopfner als Kurier nach Kopenhagen, um dort über die Rendsburger Vorkommnisse des Vortages zu berichten und Instruktionen einzuholen. An der Rendsburger Zusammenkunft der Ständeabgeordneten aus den beiden Herzogtümern hatten aus den schleswigschen Städten nur wenige teilgenommen, war dem Regierungspräsidenten gemeldet worden.

In der Versammlung war ausgesprochen worden, daß die Regierung nicht das Vertrauen des Landes und keinen moralischen Wert habe — hier konnte nur die Schleswig-Holsteinische Regierung auf Gottorf gemeint sein —, und es war der Vorschlag gemacht worden, sofort wegen einer provisorischen Regierung für die Herzogtümer zu petitionieren, ferner eine Deputation mit den Wünschen des Landes nach Kopenhagen zu schicken. — Im Pressebericht über die Rendsburger Versammlung heißt es („Kieler Correspondenz-Blatt“, 21. März 1848):

„Die Deputation wurde beauftragt, den Landesherrn zu veranlassen

1. die Mitglieder beider Stände sofort in eine Versammlung zusammenzuberufen, und ihnen ein Verfassungsgesetz vorzulegen;
2. bei dem Deutschen Bunde die nötigen einleitenden Schritte behufs einer

Einverleibung Schleswigs in den Deutschen Bund zu tun;

3. in Betracht der dringenden äußeren und inneren Verhältnisse in geeigneter Weise für die Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung unter selbstgewählten Offizieren tätig sein zu wollen;
4. daß dem Lande vollständige Pressefreiheit und unbeschränktes Recht zu öffentlichen Versammlungen wiedergegeben werde;
5. den Regierungspräsidenten Scheel sofort aus seinem Amt entlassen.

(Dieser Antrag wurden beinahe einstimmig angenommen. Ein gleicher Antrag betr. Entlassung des Kanzleipräsidenten v. Moltke erhielt keine Mehrheit.)

Wenn man bedenkt, was vom ersten Hauptredner der Versammlung, dem Redakteur Olshausen, zur Beschlußfassung vorgeschlagen worden war, so sieht man unschwer die Abschwächung dieser Vorschläge. Olshausen hatte als Aufgabe dieser Versammlung der Ständeabgeordneten eine dreifache genannt: die Konstituierung Schleswig-Holsteins als eines von Dänemark und dänischem Einflüsse unabhängigen Staates, der Anschluß dieses ganzen, ungeteilten Staates an den Deutschen Bund, die gründliche Reform der Deutschen Bundesverfassung, zunächst durch Berufung einer Volksvertretung sämtlicher deutschen Völker beim Bundestage.

VII

Die Konstituierung der Provisorischen Regierung in Kiel und die Ereignisse in Kopenhagen

Hatte Scheel recht, wenn er nach diesen Ereignissen die Auffassung vertrat, daß der „schlechte Geist“ sich bis jetzt fast nur in den Städten Eingang verschafft hatte? Er wußte aber auch und teilte es nach Kopenhagen mit, daß bei der jetzigen Stimmung und bei den jetzigen Verhältnissen das erste Betreten der Herzogtümer von seiten eines dänischen Militärkorps oder nur die Nachricht von dessen Bestimmung den offenen Ausbruch der Revolution hervorrufen würde, und das fernere Resultat „lediglich dem Schwerte überlassen“ sei. — Die Revolution war nicht mehr aufzuhalten, wann und wie würde sie ausbrechen? — Soweit folgen wir den Briefen.

Die Erklärung des preußischen Königs vom 18. März 1848, die ein klares Programm für die deutsche wie für die preußische Reform enthielt, wurde zwei Tage später in den Herzogtümern bekannt. In der Stadt Schleswig wurde abends festlich illuminiert und es bildeten sich Sicherheitskomitees, die Ausschreitungen verhüten sollten und u. a. die gefährdete Wohnung des Regierungspräsidenten Scheel bewachten. Am 22. März waren dessen Macht und Einfluß völlig gebrochen, am folgenden Tage schloß sich das jüngere Personal der Schleswig-Holsteinischen Regierung auf Gottorf dem Bürgerverein der Schleistadt an. Nachdem mündliche Kunde von der Konstituierung der Provisorischen Regierung

in Kiel am Morgen des 24. März 1848 nach Schleswig gelangt war, wurde die Bürgerschaft der Stadt durch die Sturmglocken auf das Rathaus gerufen. Dort wurde eine Diktatur ausgerufen und beschlossen, zu den in der Stadt stationierten militärischen Einheiten und zum Regierungspräsidenten Scheel zu gehen, um ihn zur Anerkennung der Provisorischen Regierung oder zur Niederlage seines Amtes aufzufordern. Eine große Menge von Bürgern und Einwohnern Schlesiws zog durch die Straßen der Stadt zum Palais des Regierungspräsidenten. Hier erfuhr man, daß Scheel am Morgen dieses Tages (24. März 1848) die Stadt verlassen hatte und nach Norden gereist war. Somit war die Revolution gegen die Regierung des Landes erfolgreich verlaufen, der Vertreter der bisherigen Macht stellte sich nicht. Er hatte ja schon vorher eingesehen, daß seine Stellung nicht zu halten war. Die schleswig-holsteinische Deputation, die mit den Forderungen des Landes, u. a. der auf Entlassung Scheels aus seinen Ämtern, in die dänische Hauptstadt gereist war, erfuhr auf ihrer ersten Audienz beim König *am Vormittag des 23. März 1848*, daß der Regierungspräsident Scheel entlassen sei. Somit gab es keine Schleswig-Holsteinische Regierung auf Gottorf mehr, die schleswig-holsteinische Bewegung hatte eines ihrer Ziele erreicht, aber es ging um einen größeren Einsatz. —

In der dänischen Hauptstadt war auf verschiedenen großen Versammlungen die Parole „Dänemark bis zur Eider“ ausgegeben worden und hatte überwiegend Zuspruch gefunden. Nach der Rendsburger Tagung der Ständeabgeordneten vom 18. März 1848, die von vielen Dänen als der Ausbruch einer Revolution angesehen wurde, fanden sich die noch unterschiedlichen Meinungen in Dänemark zu nationaler Solidarität zusammen, und die nationalen Forderungen der Liberalen unter Führung von Orla Lehmann setzten sich durch.

Auf einer Versammlung im „Casino“ *am 20. März*, zu der aufgerufen worden war, nachdem die Nachrichten von der Rendsburger Tagung der schleswig-holsteinischen Ständeabgeordneten nach Kopenhagen gelang waren, wurde folgende EntschlieÙung gefaÙt:

1. Eine schleswig-holsteinische Verfassung ist die Aufgabe des Rechtes der dänischen Krone an Schleswig. Dazu ist der König von Dänemark nicht berechtigt und das kann das dänische Volk niemals dulden.
2. Das dänische Volk verspricht dem König von Dänemark seinen unbegrenzten Beistand zur Erfüllung der heiligsten Pflicht als Herrscher, die ungekränkte Erhaltung des souveränen dänisch-schleswigschen Reiches zu verteidigen.
3. Die jetzige Verbindung Dänemarks und Schlesiws kann nur durch eine für beide gemeinsame Reichsverfassung gesichert werden, die auf einem in Wahrheit volklichen Wahlrecht aufgebaut ist.
4. Schlesiws jetzige Selbständigkeit als Provinz mit ihren zwei gleichberechtigten Nationalitäten muß durch einen eigenen Provinzial-

Landtag und entsprechende provinzielle Institutionen in Verwaltung und Rechtswesen gesichert werden.

5. Dänemarks Wohlfahrt fordert, daß der König unverzüglich den Thron mit Männern umgibt, deren Einsicht, Energie und Vaterlandsliebe der Regierung Kraft und das Vertrauen der Nation geben kann.

Am nächsten Morgen zog eine große Menschenmenge zum königlichen Schloß, um die Wünsche des Volkes dem Monarchen vorzutragen, die Entlassung des jetzigen gesamtstaatlich-konservativen Kabinetts zu fordern und eine freie Verfassung zu verlangen.

Doch Friedrich VII. hatte kurz vor Ankunft der Delegation das alte Ministerium entlassen. Es blieb bei einer „friedlichen Revolution“. Eine freie Verfassung wurde zugesichert, der Absolutismus in Dänemark war tot. Führende Vertreter der National-Liberalen bildeten die neue Regierung und bestimmten ihren Kurs, der „Dänemark bis zur Eider“ hieß.

Diese Ereignisse wurden in Kiel durch die Bildung einer Provisorischen Regierung beantwortet, obwohl die nach Kopenhagen gesandte Deputation noch nicht zurückgekehrt war.

VIII

Ist die schleswig-holsteinische Erhebung als eine „Gegen“-Revolution zu den Ereignissen in Kopenhagen zu betrachten?

Die „revolutionären“ Ereignisse in der dänischen Hauptstadt riefen, wenn man so will, in den Herzogtümern eine „Gegen“-Revolution hervor, wie die These vom „unfreien Herzog“ beweist. Nicht aber zog man nach Norden, um den Landesherrn zu befreien, sondern schloß sich „mit aller Kraft den Einheits- und Freiheitsbestrebungen Deutschlands“ an. Die Provisorische Regierung übernahm „vorläufig“ die Leitung der Regierung, „zur Aufrechterhaltung der Rechte des Landes und der Rechte des angestammten Herzogs“, und versprach, sie „in seinem Namen“ zu führen. Nur so konnte sie damit rechnen, bei der Mehrheit der schleswig-holsteinischen Bevölkerung Anerkennung zu finden.

Die folgenden Monate zeigten, wie wenig die Bevölkerung der Herzogtümer zu einer Revolution neigte, denn trotz aller Maßnahmen und trotz der kriegerischen Auseinandersetzungen blieb das Provisorium bestehen, obwohl dieser Krieg nach Friedrich Engels (1852) „wenigstens zum Teil revolutionär war“.

Diese ideologische Schwäche der schleswig-holsteinischen Revolution wurde durch die faktischen Umstände — kriegerische Ereignisse, Unterstützung durch Truppen des Deutschen Bundes, insbesondere durch preußische Militäreinheiten, Konstituierung einer (wenn auch nur kurzfristig und machtlosen) deutschen Zentralregierung in Frankfurt am Main, Einmischung der internationalen Diplomatie — und die Begeisterung über das nationale Einigungswerk

Deutschlands überdeckt. Selbst das schleswig-holsteinische Staatsgrundgesetz vom 15. September 1848 beruhte auf dem Grundsatz, daß die Personalunion mit Dänemark beibehalten wurde. Auch sonst war diese Verfassung trotz ihrer Erklärung, die Herzogtümer Schleswig-Holstein seien ein Bestandteil des deutschen Staatsverbandes, ein Provisorium, freilich ungewollt, es hatte sich so ergeben, da die nationale Revolution in den Herzogtümern sich so eng an die freiheitliche deutsche Nationalbewegung gebunden hatte. Es hieß in der schleswig-holsteinischen Verfassung (Abschnitt 2, Artikel 4):

„Die Verfassung Deutschlands, wie sie jetzt ist, oder künftig sein wird, findet auf die Herzogtümer ihre volle und unbeschränkte Anwendung.“

Eine staatsrechtliche Veränderung durch die Aufnahme des Herzogtums Schleswig in den Deutschen Bund wurde nicht erreicht, wie aus dem § 1 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 28. März 1849 hervorging:

„Die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogtums Schleswig bleibt vorbehalten.“
Doch diese Reichsverfassung ist nie in Kraft getreten. Das Scheitern der nationalen deutschen Einheitsbewegung war für die schleswig-holsteinische nationale Revolution ausschlaggebend.

Aber die Revolution brach herein und gab der Bewegung einen anderen Charakter. Die schleswig-holsteinische Partei mußte entweder zugrunde gehen oder selbst eine Revolution wagen. Sie wagte die Revolution und hatte recht: Die dänischen Zusagen, vor der Revolution sehr günstig, waren nach der Revolution ungenügend; der Anschluß an Deutschland, früher eine Phrase, konnte jetzt eine Bedeutung erhalten; Deutschland hatte eine Revolution, und Dänemark machte sie, wie immer, auf kleinstädtischem Fuße nach.

Marx/Engels in der Neuen Rheinischen Zeitung am 9. 9. 1848; zitiert nach Grenzfriedensheft 3/62, S. 199.

Schleswig-Holsteinische Geschichte seit 1866 (II)

Eine kritische Bestandsaufnahme „traditioneller“ Geschichtsauffassungen am Beispiel Wilhelm Klüver

Welchen Beitrag kann die Geschichtswissenschaft, kann speziell die schleswig-holsteinische Landesgeschichtsforschung, für den Bau eines künftigen Europa leisten, von dem am Schluß von Teil I dieser Bestandsaufnahme¹⁶ die Rede war? Oder, allgemeiner gesprochen: Welchen politischen Auftrag hat die Geschichtswissenschaft überhaupt zu erfüllen? Diese Frage macht so grundsätzliche und umfängliche Überlegungen, auch methodischer Art, nötig, daß sie im Rahmen dieses kurzen Aufsatzes bestenfalls ansatzweise beantwortet werden kann.

Im ersten Teil wurde versucht, am Beispiel von Wilhelm Klüvers Buch „Schleswig-Holsteinische Geschichte seit 1866“ zu zeigen, daß die „traditionellen“ Auffassungen von der *Geschichte der deutsch-dänischen Beziehungen* weder dem heutigen Forschungsstand entsprechen, noch dem Abbau gegenseitigen Mißtrauens dienlich sind. Aus der Überzeugung, daß die Geschichtswissenschaft zur politischen Pädagogik verpflichtet ist — das heißt unter anderem: verdrängte Affekte bewußt zu machen und überkommene Vorurteile abzubauen — wurde für eine vorbehaltlose, sachliche Darstellung der nationalen Auseinandersetzungen in Schleswig sowie für eine möglichst enge Kooperation zwischen dänischen und deutschen Forschern plädiert, in der Hoffnung, so nicht „nur“ der historischen Wahrheit, sondern auch dem politischen Ziel einer dauerhaften Verbesserung der deutsch-dänischen Beziehungen und einer künftigen überstaatlichen Gemeinschaft zu dienen.

Auf analoge Weise, also wieder vom Beispiel Klüver ausgehend, sollen im folgenden solche „traditionellen“ Auffassungen von der Geschichte unseres Landes seit 1866 einer kritischen Betrachtung unterzogen werden, die mit der nationalen Problematik in keinem direkten Zusammenhang stehen.

*

An augustinburgische Gedankengänge anknüpfend und beeinflusst von der eigenwilligen patriarchalisch-preußenfeindlichen Persönlichkeit Paul von Hedemann-Heespens, steht Klüver der Bismarckschen Lösung der Schleswig-

¹⁶ Grenzfriedenshefte 4/1972, S. 195 ff.

Holstein-Frage mehr als skeptisch gegenüber. Allerdings bezieht er, wie schon bei seiner Darstellung der nationalen Auseinandersetzungen bemerkt wurde, auch hier einige neuere Erkenntnisse der Forschung mit ein. Dies mag *ein* wesentlicher Grund für die geradezu frappierende innere Widersprüchlichkeit sein, die bei seiner Darstellung der „preußischen“ Epoche unserer Landesgeschichte zu konstatieren ist:

Nach 1867 begann man „nach preußischer Schablone zu zentralisieren, ohne auf die Belange der Bevölkerung allzuviel Rücksicht zu nehmen“ (13); dennoch muß „betont werden, daß viele berechnete Eigentümlichkeiten geschont wurden ... Eine rücksichtslose Vereinheitlichung und Angleichung vermied man nach Möglichkeit“ (17). — Die Ablösung der „längst schwerfällig gewordenen und überlebten Rechtsordnungen und Verwaltungseinrichtungen“ durch moderne preußische wird begrüßt (13), und doch „überwucherten die neuen Gesetze und Verordnungen die Provinz (13).

Nach 1871 bahnte sich ein „erfreulicher Umschwung zur Versöhnung und Staatsbejahung an“ (13); die augustenburgische „Landespartei“ vermochte sich nicht durchzusetzen, „weil sie den engen Zusammenhang der schleswig-holsteinischen und der deutschen Geschichte nicht klar genug erkannte und daher die Ereignisse nicht bejahte, die zur Gründung des Deutschen Reiches geführt hatten“ (21). Auf der anderen Seite wurde durch „die assimilierende Kraft der neuen Staatsidee“ „die landesgeschichtliche Überlieferung im Bewußtsein weiter Kreise“ so „bedenklich zurückgedrängt“, daß man an der Besetzung der höchsten Ämter in der Provinz „mit Trägern *polnischer* Adelsnamen“ keinen „Anstoß“ nahm (32).

Wie kann man, so möchte man den Verfasser fragen, die Reichsgründung bejahen und gleichzeitig das „Eindringen fremden Gedankenguts“ sowie die Einwanderung „Landfremder“ aus dem Süden, der nach 1867 „Tür und Tor“ geöffnet wurde, für verderblich halten? (25, 32). Im übrigen war die Offenheit nach Süden (und Norden) von jeher ein bestimmender Zug der schleswig-holsteinischen Geschichte, und zwar nicht zum Nachteil unseres Landes. — Dies gilt auch für die Christiana Albertina, an der neben einheimischen stets „landfremde“ Professoren gelehrt haben. Es ist daher gewiß nicht richtig, für die in preußischer Zeit entstandene Kluft zwischen Universität und Land hauptsächlich die von auswärts berufenen Dozenten verantwortlich zu machen (29). Immerhin waren etwa Dahmann und Droysen „Zugereiste“ und haben doch den schleswig-holsteinischen Gedanken wesentlich geprägt.

Den „wirtschaftlichen Aufschwung“ und den „wachsenden Wohlstand“ (24, 33), den der Anschluß an Preußen und die industrielle Revolution für Schleswig-Holstein mit sich brachte, erkennt Klüver an, um freilich sofort

einschränkend hinzuzufügen, daß das Landschaftsbild zu nachteilig beeinflusst und Schleswig- Holsteins „eigenständige Entfaltung zugunsten preußischer und reichspolitischer Interessen in mancher Hinsicht gehemmt und abgedrängt wurde“ (25). Außerdem geriet durch den Weg von „kleinstaatlicher Abgeschiedenheit in groß staatliche Zusammenhänge“ „ins Wanken“, „was fest und organisch auf einer jahrhundertealten Überlieferung beruhte“ (26). Es kam zum „Verlust der Werte eigener Prägung“ (32); „in das alte volkstümliche Leben, das jahrhundertlang in hergebrachten, festgefügtten Formen abgelaufen war, drangen Unruhe und Unsicherheit ein, als sich auch hier mit dem Einbruch städtischer Lebensgewohnheiten fremde Einflüsse geltend machten und den Frieden eines *patriarchalischen* Daseins störten“ (33).

Hier deutet sich bereits an, daß es sich bei Klüvers Ablehnung der „Überfremdung“ durch Preußen letztlich um eine tiefe Skepsis gegenüber der „neuen Zeit“ schlechthin handelt; Klüver schreibt „Preußen“ und meint die fortschreitende Technisierung und Industrialisierung ebenso wie das verstärkte Eindringen demokratischen Gedankenguts. Oder glaubt er im Ernst, daß Schleswig-Holsteins „kleinstaatliche Abgeschiedenheit“ erhalten geblieben wäre, wenn es 1867 nicht von Preußen inkorporiert worden wäre?

Klüvers agrarromantische Vorstellung von der „stillen, geschlossenen Heimatwelt“, die „langsam zu versinken“ begann (33), von der „Entseelung eines mechanistisch gewordenen und materialistisch denkenden Zeitalters“ (34) spielt bewußt oder unbewußt „Heimat“ gegen „Großstadt“ aus. Sie ist ein Relikt jenes modernen Antiurbanismus in Deutschland, der Ende des 19. Jahrhunderts als verständliche Reaktion insbesondere der vaterländisch-konservativen Kreise auf den sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Strukturwandel begann, nach 1918 immer radikaler wurde und schließlich während der nationalsozialistischen Epoche in den Taten rassistischer Agrarmonomaner kulminierte¹⁷. — Nach solchen Erfahrungen liest man nur mit Befremden, daß die Dichter der sog. „Heimatbewegung“ um die Jahrhundertwende den „Ruhm Schleswig-Holsteins in alle deutschen Gaue hinaustrugen“ (34).

Gewiß sollten solche Überbleibsel von Agrarromantik, wie sie nicht nur bei Klüver, sondern auch in den Veröffentlichungen der extremen Rechten noch zu finden sind, nicht überbewertet werden; dennoch sind sie, schon gar in einem weitverbreiteten Handbuch geäußert, insofern der kritischen Beachtung wert, als sie geeignet sind, alte Vorurteile zu bestärken, den Blick für die moderne Welt, die je länger je mehr von der Großstadt geprägt sein wird, zu trüben und von dem

¹⁷ Dazu jetzt *Klaus Bergmann*, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970.

eigentlichen Problem, nämlich der Humanisierung unserer urbanisierten Umwelt, abzulenken.

Noch verhängnisvollere Folgen als die Agrarromantik hatte die zweite wesentliche Komponente der um die Jahrhundertwende entstandenen kulturpessimistischen Bewegung¹⁸: das Mißtrauen gegenüber der demokratischen Lebensform. Auch hiervon ist Klüvers Buch leider nicht frei. Wie sonst wäre sein Bedauern darüber zu verstehen, daß die schleswig-holsteinische Ritterschaft nach 1867 „ihre eigentliche *Sendung*, Träger einer großen landesgeschichtlichen Tradition zu sein, allmählich verlor (en), ohne im größeren Staatsverbände das Ansehen zu gewinnen, das ihrer historischen Bedeutung entsprochen hätte“? (20). Wie anders könnte man die bedauernde Feststellung interpretieren, daß das „*ständisch unterbaute* Sonderdasein der einzelnen Teillandschaften“ sich auflöste und die soziale Frage zu einer „*Lockerung der überkommenen Gesellschaftsordnung*“ führte? (26) Nach solchen Auffassungen nimmt es kaum noch wunder, wenn die Errungenschaften der Novemberrevolution von 1918, welche sich mit „roten Fahnen“ von Kiel über ganz Deutschland ausbreitete (35), durch Anführungsstriche ironisiert und die unbestreitbaren Verdienste der Sozialdemokratie um die Entwicklung demokratischer Lebensformen in Deutschland mißachtet werden (57)¹⁹. — So wird nicht nur der „unitarische Staat“, sondern „ebensosehr die Staatsform der modernen parlamentarischen Demokratie“ von Klüver dafür verantwortlich gemacht, daß die „geschichtlich begründete schleswig-holsteinische Heimatbewegung“ in der Weimarer Zeit „eine Schranke fand“ (55).

Diese Beispiele mögen zeigen, wie sehr Klüver nach dem vaterländisch-konservativen Denken der wilhelminischen und Weimarer Zeit verhaftet ist. Er ist deshalb auch nicht in der Lage, über ein so aktuelles Problem wie die Landvolkbewegung historisch aufzuklären: In einer Zeit, da schleswig-holsteinische Bauern in bewußter Anknüpfung an die Landvolkbewegung erneut unter der schwarzen Fahne marschieren, wie noch vor wenigen Jahren geschehen, da Morddrohungen gegen Politiker ausgesprochen werden, die es wagen, offen darauf hinzuweisen, daß die Anpassungsprobleme der Landwirtschaft in der Industriegesellschaft nur durch eine tiefgreifende Strukturpolitik gelöst werden können, in einer solchen Zeit berichtet Klüver ohne erkennbare Distanz von den Bombenanschlägen der Landvolkbewegung; er scheint die Bauern sogar als eine Art neue Führungsschicht in der Nachfolge der

¹⁸ Zum Kulturpessimismus allgemein: *Fritz Stern*, Kulturpessimismus als politische Gefahr, Bern und Stuttgart 1963.

¹⁹ Siehe auch Teil I, S. 199.

adligen Standespolitik zu sehen und zu akzeptieren (57). Es war ihm deshalb wohl auch nicht möglich, dem fundierten Urteil von Heberle, Stoltenberg und Wulf²⁰ zu folgen, daß nämlich gerade die illusorische Vorstellung, am Bestehenden mit aller Macht festhalten oder unwiederbringlich Vergangenes wiederherstellen zu können, der Versuch also, den drängenden politischen und sozialen Fragen der Zeit auszuweichen, die Bauern und den gewerblichen Mittelstand so empfänglich für den Nationalsozialismus machte, sahen sie doch in der Demokratie den Exponenten der als Bedrohung empfundenen modernen Industriegesellschaft.

Überhaupt muß man feststellen, daß Klüvers Darstellung der schleswig-holsteinischen Geschichte von 1920 bis 1933 und vor allem von 1933 bis 1945 überaus schwach untermauert ist. Der gesamten nationalsozialistischen Epoche (einschließlich „Vorgeschichte“ und ausschließlich des umfangreichen Berichts über das Groß-Hamburg-Gesetz u. ä.) widmet er etwa 3 Seiten, bestenfalls die Hälfte des Raumes also, den der „Verlust Nordschleswigs“ 1918 bis 1920 einnimmt. Auf diesen Seiten finden sich mehr Impressionen als Informationen; analytische Ansätze fehlen so gut wie ganz.

Dieser Mangel spiegelt ohne Zweifel auch die völlig unbefriedigende Forschungslage wider; denn für die Zeit von 1920 bis 1945 konnte Klüver, der ja keine eigenen Forschungen bieten will, nur auf einige wenige Spezialstudien zurückgreifen²¹. —

So gering freilich, wie man nach Klüvers Buch vermuten könnte, sind unsere Kenntnisse über die Zeit nach 1920 denn doch nicht. Es wurde bereits mehrmals darauf hingewiesen, daß der Verfasser sich nicht bereit oder in der Lage zeigt, seine „traditionellen“ Auffassungen zugunsten vorliegender solider Forschungsergebnisse zu revidieren. Abgesehen davon, daß man, etwa bei der Frage nach den Voraussetzungen für den nationalsozialistischen Einbruch in Schleswig-Holstein, auch überregionale Literatur zu Rate ziehen kann, liegen uns eine Anzahl von Spezialstudien vor, die keinen Eingang in Klüvers Darstellung gefunden haben und z. T. auch in den Literaturangaben fehlen. So wissen wir beispielsweise einiges über die Vorgänge an schleswig-holsteinischen Schulen²²

²⁰ *Rudolf Heberle*, Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Stuttgart 1963. — *Gerhard Stoltenberg*, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918—1933, Düsseldorf 1962. — *Peter Wulf*, Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks 1928—1932, Köln und Opladen 1969.

²¹ Hierauf hat jüngst mit allem Nachdruck *Kurt Jürgensen* hingewiesen, dessen „Gedanken zu Wilhelm Klüvers Buch ...“ (Die Heimat 1/1973, S. 7 ff.) ich in vielen Einzelheiten nur zustimmen kann. Jürgensens empfehlendem Gesamturteil vermag ich indessen nicht zu folgen.

²² z. B.: *Monika Weichert*, Untersuchungen zur Wechselbeziehung zwischen der Höheren Schule und ihrer politischen Gegenwart am Beispiel des Flensburger Alten

und an der Christiana Albertina²³, ebenso über den Kirchenkampf in Schleswig-Holstein²⁴ oder das Ende der Weimarer Republik in Süderdithmarschen²⁵. — Für die ersten Jahre nach 1945 hätte K. übrigens auf die erwähnte²⁶ Studie von Kurt Jürgensen zurückgreifen können. Nicht zu vergessen sind auch die offiziellen Publikationen der Landesregierung und der Landesbehörden²⁷.

Im übrigen bedarf es keiner Spezialstudie, um beispielsweise zu erwähnen, daß es in Schleswig-Holstein einen Gauleiter namens Lohse gab. Auch täten wir gut daran, uns zu erinnern, was mit den Juden in Schleswig-Holstein geschah, ehe wir uns ausführlich mit den (ebenfalls noch unerforschten) Folgen alliierter Bombenangriffe und dem Vordringen der „feindlichen Heere“ auf schleswig-holsteinischen Boden beschäftigen (61 f.). — Mit der allgemein gehaltenen Bemerkung, daß „weite Kreise der als ruhig und bedachtsam geltenden Bevölkerung einer ungeheuren Radikalisierung und Revolutionierung zum Opfer fielen“ (56), ist uns wenig gedient, ermöglicht sie es doch, uns selbst von aller Verantwortung freizusprechen und uns der ebenso bequemen wie unaufrichtigen Anschauung hinzugeben, daß es „die Partei“ war, die „die überlieferten Rechtsvorstellungen der Bevölkerung und die religiösen und sittlichen Fundamente“ „zersetzte“ (57).

Von einer „Bewältigung“ gerade unserer jüngsten Vergangenheit durch Klüvers Buch kann also keine Rede sein. Wie gering unter solcher Voraussetzung die Möglichkeit ist, aus der Geschichte sinnvolle Orientierungshilfen für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft zu gewinnen, darauf wurde im Rahmen dieser Bestandsaufnahme bereits des öfteren hingewiesen. —

Gymnasiums 1864—1944, Diss. phil. (Masch. vervielf.), Kiel 1967. — Chronik der Goethe-Schule Flensburg, Flensburg 1971.

²³ *Karl Dietrich Erdmann*, Wissenschaft im Dritten Reich: Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft N. F. Nr. 45 (VSHUG), Kiel 1967. Erneut abgedruckt in *Erdmann*, Geschichte, Politik und Pädagogik. Aufsätze und Reden, Stuttgart 1970, S. 325 ff. — *Erich Hofmann*, Die Christian-Albrechts-Universität in preußischer Zeit: Geschichte der CAU 1665—1965, Bd 1, T. 2, Neumünster 1965, S. 9 ff. — *Manfred Jessen-Klingenberg*, Universität und Land: VSHUG, N.F. Nr. 54, Kiel 1971.

²⁴ Von seiten der Bekennenden Kirche *Johann Bielfeldt*, Der Kirchenkampf in Schleswig-Holstein 1933 bis 1945, Göttingen 1963; von seiten der Deutschen Christen die Apologie des *Christian Kinder*, Neue Beiträge zur Geschichte der evangelischen Kirche in Schleswig-Holstein und im Reich 1924—1945, 3. Aufl. Flensburg 1968.

²⁵ *Klaus Schwieger*, Das Ende der Weimarer Republik in Süderdithmarschen: Süderdithmarschen 1581 bis 1970, Heide 1970, S. 188 ff.

²⁶ Siehe T. I, S. 197.

²⁷ Z. B.: Hundert Jahre Landesverwaltung in Schleswig-Holstein, Kiel 1967. - 40 Jahre Landeskulturbehörden in Schleswig-Holstein, Berlin und Bern 1962. — 100 Jahre Kreise in Schleswig-Holstein, Neumünster 1967.

Fragen wir uns nun, welchen „geschichtlich begründeten Auftrag“ der Verfasser konkret seinen Lesern mit auf den Weg gibt: Zunächst beklagt er es, daß es nach 1945, ebenso wie in der Weimarer Zeit, nicht „zur sittlichen Selbsterneuerung“ der schleswig-holsteinischen „Stammesart“ kam, weil die großen überregionalen Parteien „sich mit ihrem *agitorischen* Ringen um die Stimmen der Wähler nicht *allein* und in erster Linie dem Lande verpflichtet fühlten“ (74). Schleswig-Holsteins Bemühen, „die eigene politische Entwicklung nachhaltig zu prägen“, werde durch Bundeskompetenzen verschiedenster Art eingeschränkt (85). Klüver hält es für bedauerlich, daß es nach 1945 nicht gelang, „an die vorpreußische Überlieferung anzuknüpfen und die Erinnerung an den historischen schleswig-holsteinischen *Staat* ... mit leidenschaftlicher Überzeugungstreue wieder wachzurufen“ (77). „Das *blau-weiß-rote Banner*, die Fahne der Erhebung und Befreiung wurde ... nicht zum Wahrzeichen einer lebendigen Staatsidee und einer neuen Volksbewegung erhoben“. Dem Schleswig-Holsteinischen Heimatbund blieb es „versagt, die Flamme eines neuen Kultur- und Lebensgefühls in weitere Kreise zu tragen“ (74). Klüver entläßt seine Leser schließlich mit der Mahnung, daß es der „geschichtlich begründete Auftrag der lebenden Generation“ sei, „die ausgeprägte Eigenart des Landes und seiner Landschaften zu pflegen und stärker zu betonen, als dies unter der preußischen Regierung angängig war.“ (85).

Welches Zukunftsideal also schwebt dem Verfasser für Schleswig-Holstein vor? Diese Frage ist wegen der inneren Widersprüchlichkeit seiner Darstellung nicht ganz leicht zu beantworten; auch kann man sich rational so wenig unter emotionsgeladenen Begriffen wie „sittliche Selbsterneuerung“ oder der „Flamme eines neuen Kultur- und Lebensgefühls“ vorstellen. Dennoch dürfte kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß es letztlich das „Fehlen der staatlichen Souveränität“ ist, welches Klüver beklagt²⁸. — Die Realitätsferne solcher politischer Wunschvorstellungen liegt auf der Hand. Aber selbst wenn sich Klüver als Anhänger eines kooperativen Föderalismus versteht, muß er sich — und das gilt für jeden, der sein Buch bisher ganz unkritisch konsumiert hat — die Frage gefallen lassen, wie man einerseits konstatieren kann, daß Schleswig-Holstein nach 1945 „seinen *Rückhalt* an dem preußischen Staat“ verlor (71), daß unser Land „zu klein und zu leistungsschwach“ war, um der damaligen Lage allein Herr zu werden (73, 74), und wie es andererseits möglich ist, die „Abhängigkeit“ Schleswig-Holsteins etwa vom Länderfinanzausgleich zu beklagen (75), von dem unser Land doch nur profitiert.— Wie kann man sich „*allein* und in erster Linie“ dem Lande (74) und gleichzeitig einer größeren Gemeinschaft verpflichtet fühlen? Mir scheint, daß das Bekenntnis zum deutschen Föderalismus und erst recht zu

²⁸ So noch in der 5. Aufl. des „Brandt-Klüver“, S. 270.

Europa (84, 85) ein Lippenbekenntnis bleiben muß, solange man einem reaktionären Partikularismus huldigt, wie er uns aus Klüvers Buch entgegentritt. Dem Verfasser fehlt nicht nur der Sinn für das politisch Erreichbare und Erstrebenswerte, er geht auch von falschen historischen Voraussetzungen aus, wenn er meint, es gelte an eine „große“ Vergangenheit Schleswig-Holsteins anzuknüpfen. Wohl spielte unser Land (oder Teile davon) zeitweise eine Rolle auf der europäischen Bühne, es war jedoch stets mehr Objekt als Subjekt in der Politik der wirklich Großen. Gerade während der Erhebungszeit, als die Vorgänge in unserem Lande in Deutschland und Europa besonders starke Beachtung fanden, zeigte es sich doch mit aller Deutlichkeit, wie machtlos Schleswig-Holstein ohne fremde Hilfe war.

Klüver — und nicht nur er — betrachtet das Land Schleswig-Holstein gleichsam als End- und Höhepunkt einer jahrhundertelangen Entwicklung, die in der Zeit der Schauenburger Grafen begann (73). Auch dieser „traditionellen“ Auffassung muß widersprochen werden. Wohl gibt es ein jahrhundertaltes schleswig-holsteinisches *Eigenbewußtsein*, der Wille zur *Eigenstaatlichkeit* aber kam erst im 19. Jahrhundert auf; erst jetzt wurden auch breitere Bevölkerungsschichten politisiert. Allerdings verloren die während der Erhebungszeit mit glühender Begeisterung aufgenommenen Gedanken — ihr höchstes Ziel war ohnehin der Anschluß an einen freiheitlichen deutschen Nationalstaat, nicht die „Eigenstaatlichkeit“ — schon bald nach der Reichsgründung jede durchschlagende Kraft und gingen, nach einigen schwachen Wiederbelebungsversuchen, während der nationalsozialistischen Epoche vollends in den Wogen großdeutscher Begeisterung unter. Trotz gewisser historischer Reminiszenzen nach 1945 war es nicht die innere Konsequenz der schleswig-holsteinischen Entwicklung, sondern allein die sich aus dem deutschen Zusammenbruch ergebene politische Situation, der das Land Schleswig-Holstein seine Existenz verdankt. Damals wie heute wurde aus pragmatischen Überlegungen eine größere Verwaltungseinheit erwogen. Zu welchem Ergebnis solche Erwägungen in der Zukunft auch führen mögen, eines steht fest: man sollte die Geschichte nicht als Kronzeugin zitieren im Kampf gegen eine Neugliederung der nördlichen Bundesländer oder gegen einen deutschen Einheitsstaat. Man würde, um mit Heinrich Schmidt einen Vertreter der moderneren (niedersächsischen) Landesgeschichte zu zitieren, gegen die Geschichte argumentieren, „gegen eine Geschichte, der das Land seine Existenz als ein geschichtliches Wesen verdankt, die auch für seinen Bereich, wie allenthalben, als eine Folge offener Möglichkeiten erscheint, deren die jeweilige Wirklichkeit nur eine war, jenseits scheinbarer Notwendigkeit; eine Geschichte, die ihr Geschöpf in den Grenzen des Zeitbedingten hält und deren Leben Wandel bedeutet, unter dem Gesetz sicherer Vergänglichkeit dessen, was das heimatliche Gefühl als

einen Zustand der Dauer umklammert“²⁹.

Es wäre falsch, wollte man Klüvers Geschichtsschreibung belächeln und sein Buch als veraltet mit Schweigen übergehen; denn — um es noch einmal zu betonen — nicht ein (1972 erschienenes) Werk und sein Verfasser, sondern eine in unserem Lande noch weitverbreitete einseitige Geschichtsauffassung steht hier zur Debatte. Dafür ließen sich außer den eingangs genannten positiven Besprechungen des Klüverschen Buches in den meisten schleswig-holsteinischen Publikationsorganen eine Menge weiterer Beispiele nennen. Allein die Tatsache, daß selbst in einer Zeitschrift wie den „Grenzfriedensheften“ meine hier geäußerten Gedanken nicht ohne eine beschwichtigende Anmerkung des Herausgebers erscheinen konnten, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß grundsätzliche Kritik an Klüvers Geschichtsauffassungen die „traditionsbewußten Kräfte“ (W. Klüver) unseres Landes offenbar an einer empfindlichen Stelle trifft.

Das liegt zu einem guten Teil gewiß daran, daß man den „Brandt-Klüver“ (mit Recht) als eine unentbehrliche Informationsquelle zur schleswig-holsteinischen Geschichte kennen und schätzen gelernt hat. Aus alter Gewohnheit — und wohl auch gelegentlich aus mangelnder Sachkenntnis — ist man nicht bereit, selbst berechtigte Kritik an seinem überkommenem Geschichtsverständnis hinzunehmen. — Die tieferen Gründe dürften jedoch, wie schon für den Bereich der nationalen Problematik angedeutet wurde, an anderer Stelle zu suchen sein. Es scheint, als sehe man seinen eigenen Kulturpessimismus durch Klüver bestätigt; bei der Orientierungslosigkeit und der Zukunftsangst, die unsere pluralistische Gesellschaftsordnung mit sich bringt, flüchtet man sich in eine Scheinwelt der Vergangenheit, wobei man bestenfalls ahnt, daß man sich an etwas klammert, das man längst verloren hat. Man hat ein ambivalentes, unbewältigtes Verhältnis zu Vergangenheit und Gegenwart. — Solange aber die Angst vor dem Wandel, vor der offenen Situation bestehen bleibt, ist die Gefahr der Abwendung von der Demokratie und Neigung zum autoritären Machtstaat nicht aufgehoben.

Dieser Gefahr bewußt zu begegnen, gehört zu den großen Aufgaben der Geschichtswissenschaft, was für den Bereich der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte meines Erachtens noch nicht hinreichend erkannt worden ist. Die moderne schleswig-holsteinische Landesgeschichtsforschung wird den Vertretern „traditioneller“ Auffassungen klarzumachen haben, daß sie als Wissenschaft keinem „Heimatgedanken“ oder sonstigen subjektiven Werten zu dienen hat, sondern — ohne Traditionsvorbehalte — allein der historischen

²⁹ *Heinrich Schmidt*, Heimat und Geschichte. Zum Verhältnis vom Heimatbewußtsein und Geschichtsforschung: Niedersächsisches Jb. f. Landesgeschichte, Bd 39 (1967), S. 1ff.

Wahrheit, oder doch der Suche nach ihr, indem sie „die Gewalt dunkler Ideen und vieldeutiger Worte zerstört und verhindert, daß ein bethörtes Gefühl aus ganz andern Zeiten übertrage, was jetzt unanwendbar ist“. So hat es Niebuhr bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gesehen³⁰.

Für eine moderne Landesgeschichtsforschung darf die Vergangenheit kein „Weideland heiliger Kühe“ sein (H. Schmidt); in enger Zusammenarbeit mit den Sozialwissenschaften und der Politikwissenschaft muß es ihr vielmehr darum gehen, für ihren Bereich die Kräfte kennen und verstehen zu lernen, die die Gegenwart geformt haben und zu einem guten Teil noch formen. Sie wird die Vergangenheit freilich nicht nur auf die Probleme der gegenwärtigen Gesellschaft hin, sondern auch auf ihre zukünftigen Möglichkeiten zu befragen haben.

Eine moderne Landesgeschichtsforschung ist also nicht statisch oder gar reaktionär, sie ist dynamisch, indem sie Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als eine Folge offener Möglichkeiten versteht und den Entscheidungsspielraum deutlich werden läßt, der dem einzelnen bleibt — trotz aller gesellschaftlicher, ökonomischer oder sonstiger Zwänge, welche es klar zu erkennen gilt. Sie wirkt aufklärerisch-emanzipatorisch und erfüllt damit eine eminent wichtige politische Funktion.

Die moderne Landesgeschichte ist Universalgeschichte³¹. Sie wird sich nie „*allein* und in erster Linie“ dem Lande verpflichtet fühlen und in (scheinbar) egoistischem Interesse isoliert auf Besonderheiten hinweisen (die gerade die Beschäftigung mit der schleswig-holsteinischen Geschichte so anregend machen), sondern im Besonderen das Allgemeine suchen in seiner territorialen, sozialen, kulturellen, politischen Vielfalt, ermöglicht doch das intensive Studium des Besonderen oft das Erkennen des Neuen auch im Allgemeinen.³² Auf die gründliche Arbeit des Laienforschers etwa an der Chronik eines Dorfes oder Kirchspiels wird die Landesgeschichte stets angewiesen bleiben.

Aber leiden nicht fast alle Institutionen, die historisch Interessierte vereinen, an Nachwuchsmangel? Ist nicht der Volksschullehrer oder Studienrat, der sich in seiner Freizeit der Geschichte widmet und dem die Forschung so vieles verdankt, im Aussterben begriffen? Wenn die Landesgeschichte für die Jugend nicht mehr

³⁰ Zitiert nach *Johannes Jensen*, „Im Kleinen und Geringfügigen bekommen die großen Dinge ihren Leib“. *Regionalforschung oder Heimatkunde?: Nordfriesland*, J. 1966, H. 2, S. 14 ff. - Jensen, dessen Aufsatz viel zu wenig beachtet worden ist, meint mit Recht, daß es gelte, sich des frühliberalen Geschichtsverständnisses wieder zu erinnern.

³¹ *Alexander Scharff*, *Heimatgeschichte und Universalgeschichte: Grenzfriedenshefte* 1/1953, S. 8 ff.

³² Das hat am Beispiel der lübeckischen Geschichte jüngst *Ahasver v. Brandt* gezeigt: *Das Allgemeine im Besonderen. Vom Erkenntniswert der lübeckischen Geschichte: Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde* 51 (1971), S. 15 ff.

attraktiv ist, so liegt das — neben vielen anderen Faktoren — vor allem auch daran, daß es der schleswig-holsteinischen Landesgeschichtsforschung vielfach am Bezug zur Gegenwart und zur Zukunft mangelt. Es wurde bereits darauf hingewiesen — und die Verantwortlichen etwa in der „Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte“ sind sich darüber im klaren —, daß es dringend der „Aufarbeitung“ unserer jüngeren und jüngsten Vergangenheit bedarf. Aber werden wirklich genügend intensive, gezielte Anstrengungen zur Erreichung dieses Ziels unternommen?

Reflektieren alle Fachhistoriker (und historisch interessierte Laien) hinreichend Motivation und Erkenntnisinteresse ihrer Beschäftigung mit der Geschichte? Ist doch „die immer wieder neue Rechenschaftslegung und kritische Selbstverständigung der Historiker über ihr Tun ... eine unerläßliche Bedingung historischen Unterrichts und historischer Wissenschaft, insbesondere in der gegenwärtigen schweren Krise des Faches Geschichte, in der es letzten Endes darum geht, ob es seinen Platz an den Schulen und Hochschulen behaupten kann“.³³

Werden von den Fachhistorikern genügend Anstrengungen gemacht, ihre theoretischen Überlegungen und ihre konkreten Forschungsergebnisse „an den Mann“ zu bringen? Scheut man nicht allzusehr das Risiko, die historischen Wurzeln all der verdrängten Komplexe bloßzulegen, die in unserem Lande noch so häufig anzutreffen sind? Ich meine die historische Fachwelt ist geradezu verpflichtet, gegen Vorstellungen, die sie als falsch erkannt hat, Stellung zu nehmen, auch auf die Gefahr hin, einen Sturm der Entrüstung zu entfachen und sich persönlichen Unannehmlichkeiten auszusetzen. Der geeignete Ort für solche Diskussionen sind nicht primär die wissenschaftlichen, sondern eher die nichtwissenschaftlichen Publikationsorgane (Jahrbücher, Monatshefte, Zeitungen).

Die Geschichtswissenschaft wird darüber hinaus mehr direkten Kontakt zu den Laienforschern im Lande suchen müssen, wie ihn die „Landeskundliche Arbeitsgemeinschaft“ ob ihrer beschränkten finanziellen und personellen Grundlagen nicht hinreichend gewährleisten kann. Ein geeignetes Mittel, um hier Abhilfe zu schaffen, wäre ein zentrales Institut, das seit langem gefordert wird. — Wie fruchtbar die koordinierende und stimulierende Arbeit eines solchen Instituts sein könnte, das mag die höchst erfolgreiche Wirksamkeit des Historikerkreises

³³ So *Reimer Hansen* in einer Auseinandersetzung mit Horst Tschentscher, der es in seinem Bericht über einen Vortrag von Hansen vor der Mitgliederversammlung der „Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte“ („Heinrich Rantzau als Politiker“, abgedruckt in: ZSHG Bd 97, 1972) schlicht für „nicht erforderlich“ hielt, daß sich der Historiker vor einem solchen Kreise für seine Beschäftigung mit der Vergangenheit rechtfertigt. Siehe dazu: Schleswig-Holstein Jg. 1971, S. 155, 218, 307.

zeigen, der sich um das Flensburger Stadtarchiv und seinen Leiter H. F. Schütt gesammelt hat. Die Publikationen der „Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte“ sind im übrigen ein Beweis dafür, daß es bei zeitgemäßer Begründung sehr wohl möglich ist, auch jüngere, in der täglichen Schularbeit stehende Historiker zu historischer Forschung zu motivieren.

Wenn das Beispiel Schule machen soll, wenn die mit der Geschichte unseres Landes befaßten Gruppen und die schleswig-holsteinische Landesgeschichte überhaupt attraktiv bleiben will, dann muß sie über die „traditionellen“ Geschichtsauffassungen wesentlich hinausgehen; sie muß zu neuen Grundlagen und Formen ihrer Arbeit finden und ihre Forschungsergebnisse den Mitbürgern — nicht zuletzt auch den Geschichtslehrern — in lesbarer Form anbieten. Denn obwohl — oder gerade weil — wir uns mit großen Schritten einer „Weltinnenpolitik“ (C. F. v. Weizsäcker) zubewegen (müssen) und in steigendem Maße mit einer kaum zu verarbeitenden Fülle von Nachrichten konfrontiert werden, verlieren die Probleme des eigenen Dorfes, der Stadt oder der Region und ihre Vergangenheit nichts von ihrem unmittelbaren Interesse, im Gegenteil. Den sich daraus ergebenden pädagogischen Möglichkeiten, nämlich das Allgemeine am besonderen Beispiel eines überschaubaren Raumes zu verdeutlichen, sollte die schleswig-holsteinische Landesgeschichtsforschung in stärkerem Maße Rechnung tragen. Für die neuere Landesgeschichte ist es ein Gebot der Stunde, den achten Band der „großen“ Geschichte Schleswig-Holsteins baldmöglichst fertigzustellen und daneben das Buch von Wilhelm Klüver durch eine ausgewogene, informativere Darstellung zu ersetzen.³⁴

Denn diesen Pluspunkt kann Klüver für sich verbuchen: Es hat noch niemand eine Alternative zu seiner Darstellung gewagt. Sein Mut ist achtenswert, ebenso wie die Schwierigkeiten zu berücksichtigen sind, die ihm bei seiner Arbeit entgegenstanden. Schon deshalb sei ausdrücklich betont, daß es mir nicht etwa um einen persönlichen Angriff auf Wilhelm Klüver als einen um die Landesgeschichte verdienten Mann zu tun ist. Allerdings bin ich der Überzeugung, daß persönliche Rücksichtnahme dann zurückzutreten hat, wenn es darum geht, solchen „traditionellen“ Auffassungen von Geschichte, Gegenwart und Zukunft unseres Landes nachdrücklich entgegenzutreten, die ich auf meiner Suche nach Wahrheit als unrichtig, ja in vielem als gefährlich erkannt zu haben glaube und die ich in Klüvers weitverbreitetem Handbuch in extremer Form vereinigt sehe.

In der Hoffnung, eventuelle Mißverständnisse zerstreuen zu können, sei zum

³⁴ Der (Teil I, S. 196) genannte knappe „Überblick“ von *Alexander Scharff* bietet in den entsprechenden Kapiteln für die Zeit nach 1866/67 weitaus mehr als Klüver. Er wurde bis in die Gegenwart fortgeführt in: *Geschichte der deutschen Länder (Territorien-Ploetz)* Bd 2, Würzburg 1971, S. 595 ff. u. 794 ff.

Schluß bemerkt, daß ich nicht etwa dafür plädiere, alle Traditionen unbesehen beiseite zu schieben. Aber gerade *damit* Traditionen lebendig bleiben, hat man sich mit ihnen kritisch auseinanderzusetzen. — Auch sei hervorgehoben, daß ich sehr wohl für eine politische, keinesfalls aber für eine parteipolitisch gefärbte Geschichtsschreibung eintrete. Politisch ist meine Auffassung von der Historie schon insofern, als jede Geschichtsschreibung notwendig auf die Gesellschaft wirkt. Der Historiker muß deshalb ganz bewußt die eventuellen Auswirkungen seiner Forschung auf die Gesellschaft in Betracht ziehen und stets erneut reflektieren. Er schafft sich so die Möglichkeit, für die Zukunft offen zu sein, d. h. sich selbst in Frage zu stellen und die jeweils ältere Forschung von seinem Standpunkt aus kritisch zu durchleuchten. — Nur so kann die Geschichte als Wissenschaft am Leben erhalten werden.

Klüvers Art politischer Geschichtsschreibung — und das ist sie in höchstem Grade — ist dem politischen Denken einer vergangenen Zeit verhaftet geblieben; sie wird es sich gefallen lassen müssen, an den Voraussetzungen der Gegenwart gemessen zu werden. Dabei ist selbstverständlich zu berücksichtigen, daß die Jungen das Glück haben, „älter“ zu sein als die Alten, und daß die Alten grundsätzlich ein Recht darauf haben, in ihren historischen Bedingtheiten von den Jungen verstanden zu werden. Die Grenzen des tolerierenden Verstehens sind aber dort gezogen, wo unter dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit eine Geschichtsauffassung vertreten wird, die der ernsthaften Auseinandersetzung mit neuen, abweichenden Auffassungen aus dem Wege geht oder sie lediglich durch einige retuschierende Pinselstriche markiert.

Im übrigen bin ich mir des fragmentarischen, vorläufigen Charakters meiner Ausführungen wohl bewußt. Sie seien hiermit zur Diskussion gestellt.

Die Geschichtswissenschaft zeigt, wie die soziale und politische Gegenwart geworden und wie wandlungsfähig und veränderbar sie ist. Wer diesen Anschauungsunterricht nimmt, der wird die massiven Sachzwänge unserer Umwelt nicht mehr als scheinbare Notwendigkeit hinnehmen, sondern sie vor dem Hintergrund genutzter und versäumter, vergangener und vielleicht noch bestehender Möglichkeiten begreifen. Das Bild der Wirklichkeit „verflüssigt“ sich, und das frappierende Andere kann erfahren werden. Lebensformen, die zeitweise sehr weit zurückliegen und soziokulturell stark unterschieden, also unmittelbarer Erfahrung verschlossen und nur historisch aufzuarbeiten sind, wirken dabei

verfremdend. Auch historische Neugier fördert die Aufklärung. Was heute noch so selbstverständlich scheint, muß sich im Lichte ganz anderer Alternativen vielleicht überhaupt erst rechtfertigen und sich der Kritik jener stellen, die Veränderungen wollen.

JÜRGEN KOCKA in „Die Zeit“ vom 3. März 1972

Ein Interview und sein Echo

Wir müssen lernen, über unsere Vergangenheit miteinander reden zu können

Eine Kontroverse zum Problem der Bewältigung der Vergangenheit im schleswigschen Grenzland

Mir geht es vor allem darum, aus der heutigen Perspektive gemeinsam das geschichtliche Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen neu zu überdenken. Wenn wir miteinander reden wollen, dann müssen wir auch wissen, worüber wir eigentlich sprechen. Wir müssen lernen, über unsere Vergangenheit reden zu können, die eine gemeinsame ist — trotz der Gegensätze. *Troels Fink*

Zum Jahreswechsel 1972/73 hat „Der Nordschleswiger“, die Tageszeitung der deutschen Volksgruppe, ein umfangreiches Interview mit dem dänischen Generalkonsul in Flensburg, Professor Troels Fink, veröffentlicht, in dem die Situation der Minderheiten im allgemeinen und der deutschen Volksgruppe im besonderen nach dem Beitritt Dänemarks zur Europäischen Gemeinschaft zur Debatte standen. Während „Der Nordschleswiger“ in einer eigenen Stellungnahme wenige Tage später konstatierte, daß über die in dem Interview erörterten aktuellen Probleme augenscheinlich weitgehende Übereinstimmung besteht, erhebt er energisch Einspruch gegen die Auffassung Prof. Finks von der geschichtlichen Rolle der deutschen Minderheit und den in der Volksgruppe vertretenen Anschauungen hierzu, der Stellungnahme zu dem, was mit einem Schlagwort als „Bewältigung der Vergangenheit“ bezeichnet zu werden pflegt. Auch der Geschäftsausschuß des Bundes deutscher Nordschleswiger äußerte sich kritisch zu den Anschauungen Prof. Finks, und einige Zeit später legte Ernst Siegfried Hansen im „Nordschleswiger“ in einer eingehenden Stellungnahme seine kontroverse Auffassung dar. — Der aktuellen Bedeutung wegen bringen wir die hier zutage tretenden divergierenden Ansichten zur jüngst vergangenen Geschichte und ihrer Bewältigung in den wichtigsten Passagen im Wortlaut. Sie dürften auch bei unsern Lesern lebhaftem Interesse begegnen.

*

Aus dem Interview des „Nordschleswiger“ mit Prof. Troels Fink

Troels Fink: Eine geschichtliche Analyse der Situation in den Jahren 1952, 1953 und 1954 beweist nach meiner Meinung, daß die Minderheiten-Erklärungen von

1955 ohne Einfluß der Minderheiten selbst zustande gekommen sind. Es lag damals eine ganz besondere Situation vor, da Dänemark ja über den deutschen Nato-Beitritt mitzuentcheiden hatte. Die Situation, die zu den Minderheiten-Erklärungen führte, hängt ganz eindeutig mit diesem Problem zusammen, Männer wie Konrad Adenauer und H. C. Hansen haben dann reinen Tisch gemacht. Ich glaube, daß man es so sehen muß: Sie wollten damit einen Kurs der Minderheiten ermöglichen, der ein harmonisches Zusammenleben zwischen den beiden Völkern erleichtern sollte. Nach meiner Überzeugung sind es die Minderheiten gewesen, die von der dadurch folgenden Entspannung profitiert haben.

„Der Nordschleswiger“: Es gibt aber doch Leute, die dies ganz anders sehen ... Ernst Siegfried Hansen hat doch in seinen Büchern gerade die Bedeutung der Minderheiten am Zustandekommen der Minderheiten-Erklärungen hervorgehoben.

Troels Fink: Ernst Siegfried Hansen ist kein Historiker. Ich habe zwar großen Respekt vor Ernst Siegfried Hansen, aber wenn ich „Disteln am Wege“¹ oder „Kurier der Heimat“² lese, dann ist dies doch eine Geschichtsschreibung zugunsten der deutschen Minderheit. Nach meiner Meinung hat sich die deutsche Minderheit nach 1945, als sie auf die Forderung nach einer Grenzrevision verzichtete, kein Verdienst erworben; denn es gab gar keine Alternative.

„Der Nordschleswiger“: Nun wird aber doch von deutsch-nordschleswigscher Seite darauf hingewiesen, daß die Haderslebener Erklärung aus dem Jahre 1943 stammt ...

Troels Fink: 1939 wurde doch ganz anders geredet. Diese Erklärung [von 1943] war durch die damalige Zeit einfach gegeben ... Der Haderslebener Kreis war nur ein ganz kleiner Kreis von Leuten ohne Einfluß auf die [damalige] politische Führung [der Volksgruppe].

„Der Nordschleswiger“: Was hätte die deutsche Minderheit also nach 1945 tun müssen?

Troels Fink: Nach 1945 hat man das einzig Richtige getan: nämlich die

¹ Ernst Siegfried Hansen: Kurier der Heimat. Das Spiel um Schleswig zwischen Kapitulation und Programm Nord, Deutscher Heimat-Verlag, Bielefeld-Bethel 1955, 480 S.

² Ernst Siegfried Hansen: Disteln am Wege. Von der Besetzung Dänemarks bis zu den Bonner Erklärungen. Deutscher Heimat-Verlag, Bielefeld-Bethel 1957, 456 S.

Verständigung mit der dänischen Mehrheit gesucht. Aber es mußte vorher auch viel vom Tisch. Schließlich hatte die deutsche Minderheit in den Jahren zuvor Handlungen begangen und Äußerungen gemacht, die von einer solchen Art waren, daß die Verbindungen zwischen Deutschen und Dänen völlig unterbrochen waren. Die Schwäche bei unseren heimdeutschen Freunden ist einfach folgende: Bei ihnen klafft eine Lücke zwischen 1933 und 1945. Wer die verschiedenen Bücher liest, der wundert sich darüber, wie die Zeit von 1933 als eine Art Betriebsunfall der Geschichte hingestellt und wo das ganze Verhalten mit dem Pflichtgefühl gegenüber dem deutschen Volke entschuldigt wird. Nur selten wird jedoch eingeräumt, daß die damals politisch Verantwortlichen der deutschen Minderheit die nazistische Ideologie total übernommen hatten. Wir Dänen haben damals nicht das Deutschtum in Nordschleswig bekämpft, sondern das Nazitum — ein häßliches System, das schließlich unsere Existenz bedrohte. Nach meiner Meinung ist es für die deutsche Minderheit höchste Zeit, den Prozeß der Vergangenheitsbewältigung nachzuvollziehen, wie er in der Bundesrepublik von 1955 bis 1965 stattfand. Die deutschen Nordschleswiger sollen dies nicht für uns, sondern für sich selbst tun. Ein Volksteil kann nicht einfach ein Kapitel seiner Geschichte überspringen.

„Der Nordschleswiger“: *Die Minderheiten haben aber doch nach 1945 unbestritten dazu beigetragen, die Spannungen im Grenzland abzubauen.*

Troels Fink: Diese Spannungen traten nach 1945 überwiegend in Südschleswig durch den Wunsch gewisser Bevölkerungsteile auf, eine Wiedervereinigung mit Dänemark zu erreichen.

„Der Nordschleswiger“: *Als Folge von „Retsopgøret“ [der Rechtsabrechnung nach 1945] kam es doch auch in Nordschleswig zu erheblichen Spannungen.*

Troels Fink: Ich habe selbst gewisse Seiten von „Retsopgøret“ kritisiert, aber man macht es sich zu leicht, mit „Retsopgøret“ beginnen zu wollen, denn schließlich darf man nicht vergessen, wie es dazu kam. Sicher wurden zu viele Heimdeutsche in Faarhus eingesperrt, aber auf der anderen Seite kann man doch glücklicherweise feststellen, daß es trotz der erregten Stimmung im Volk kein Blutvergießen gab, wie in anderen Ländern.

„Der Nordschleswiger“: *Es fällt auf, daß Sie von „der deutschen Minderheit“ sprechen. Ist dies nicht eine unzulässige deutsche Kollektivschuld?*

Troels Fink: Man kann rückblickend feststellen, daß die überwiegende Mehrheit

der deutschen Nordschleswiger gejubelt hat, als Jens Möller von „Führer mach uns frei“ gesprochen hat. Das war keine Clique, sondern die politische Führung war der Exponent einer tiefgreifenden Bewegung im nordschleswigschen Deutschland. Ganz grundsätzlich von einer Kollektivschuld kann nicht die Rede sein. Jef Blume hat, so meine ich, einmal gesagt: „Wenn das deutsche Volk von einer Katastrophe getroffen wird, dann können wir uns dieser Katastrophe nicht entziehen.“ Dieser Satz hat mich beeindruckt — das war eine aufrichtige Haltung.

*

„Der Nordschleswiger“ nimmt zu dem Interview kritisch Stellung

Man stößt sich in Nordschleswig an der Behauptung Troels Finks, die Geschichtsbücher Ernst Siegfried Hansens seien „Geschichtsschreibung zugunsten der deutschen Minderheit“. Ferner an der Fink-Meinung, daß es für die deutsche Minderheit nach 1945 keine andere Alternative als die Loyalitätserklärung des BdN gab. Geradezu als provozierend und auch kränkend wird die Behauptung Troels Finks empfunden, der „Haderslebener Kreis“ sei nur ein ganz kleiner Kreis von Leuten ohne Einfluß auf die politische Führung [der Volksgruppe] gewesen.

Fink weiß anscheinend nicht, was im Krieg für manchen dänischen Landsmann vom Einfluß gerade des erwähnten Kreises abhing. Falsch sieht der Flensburger Generalkonsul nach Ansicht vieler Nordschleswiger auch die Rolle, die von der deutschen Volksgruppe bei der Entstehung der Kopenhagener und Bonner Erklärungen gespielt wurde.

*

Der Bund deutscher Nordschleswiger legt seine Auffassung fest

Mit dem Interview für den „Nordschleswiger“ in der Silvesterausgabe 1972 hat Professor Troels Fink einen bemerkenswerten und aufschlußreichen Beitrag zur allgemeinen Diskussion über die Entwicklung im Grenzland beigesteuert. Er wird sicherlich selber nicht erwartet haben, daß seine Wertungen überall volle Zustimmung finden, und er hat ja auch selber unterstrichen, daß heute die Möglichkeit bestehe, das Gemeinsame zu suchen, ohne kontroverse Fragen auszuklammern...

Wenn Troels Fink auf Grund einer Analyse der Situation [in den Jahren 1952—54] zu der Auffassung kommt, daß die Minderheitenerklärungen von 1955 ohne Einfluß der Minderheiten zustande gekommen sind, so wird nach den Auffassungen, die im Geschäftsausschuß des BdN vorgetragen wurden, übersehen, daß zwischen dem äußeren Anstoß und den Voraussetzungen für diese Minderheitenerklärungen unterschieden werden muß. Der letzte äußere Anstoß wurde gegeben durch die Verhandlungen über den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO in Paris. Die Voraussetzungen lagen aber in der Entwicklung im Grenzland selbst, und hier kommt die politische Linie des Bundes

deutscher Nordschleswiger mit ins Bild. Für die Entwicklung im Grenzland war es von entscheidender Bedeutung, daß unmittelbar nach der deutschen Katastrophe 1945, von der auch die Volksgruppe betroffen wurde, mit der Gründungserklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger vom 22. November 1945 ein neuer und — trotz aller Schwierigkeiten — tragfähiger Anfang gefunden wurde.

Alle Mitglieder der Volksgruppe wurden damals aufgefordert, sich auf der Grundlage dieser Erklärung für eine Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Diese Linie aus dem Jahre 1945 hat sich nunmehr über 25 Jahre gehalten, und sie hat in den Jahren von 1945 bis 1955 auch dazu beigetragen, die Verhältnisse südlich der Grenze gegenüber dem Zustand in den Jahren 1945—47 zu normalisieren und zu stabilisieren. Damit wurden durch die Volksgruppenpolitik, wie man im Geschäftsausschuß meint, die Minderheitenverhandlungen und die Minderheitenerklärungen vom 29. März 1955 ermöglicht ...

Unter der Überschrift „Im Grenzland gibt es mehr als einen Blickpunkt ...“ hat Ernst Siegfried Hansen im „Nordschleswiger“ zu dem Interview mit Troels Fink eingehend Stellung genommen. Seine Auffassung wird nachstehend auszugsweise wiedergegeben.

Ernst Siegfried Hansen:

Im Grenzland gibt es mehr als einen Blickpunkt...

Die ältere dänische Generation [in Nordschleswig], für das Leben geprägt von der nationalen Selbstbehauptung unter den Vorzeichen des preußischen Staatswesens, legte Relativitätsgesichtspunkte an, die sich von den klaren Trennungslinien der Generation Troels Finks unterschieden. Konkret gesagt: Es rissen nicht alle Kontakte mit deutschgesinnten Landsleuten ab, weder vor noch nach der Kapitulation.

Auf diese Kontakte ist es zurückzuführen, daß man bei der Darstellung der Besatzungszeit in Nordschleswig um die Interventionen deutscher Persönlichkeiten — auch in der [damaligen] Volksgruppenführung — zugunsten verhafteter Dänen nicht herumkommt. Das Postulat, das sei erst in der letzten Periode in Erkenntnis der drohenden deutschen Niederlage geschehen, ist eine Hilfskonstruktion. Die zum Schutze Dänemarks von den dänischen Regierungen betriebene Zusammenarbeitspolitik brach erst mit dem militärischen Ausnahmezustand vom 29. August 1943 endgültig zusammen, erst danach war die Frage der Interventionen überhaupt gestellt.

Um nun speziell vom „Haderslebener Kreis“ zu sprechen, der tatsächlich zu diesem Zeitpunkt, wie Troels Fink in dem Interview sagt, „ein ganz kleiner Kreis von Leuten ohne Einfluß auf die politische Führung [der Volksgruppe] war“, so befanden sich Mitglieder des Kreises nach dem 29. August 1943 auf der Reise nach Kopenhagen und Silkeborg, um nach Kontakten mit dänischen

Persönlichkeiten für verhaftete Dänen zu intervenieren. Am 11. November [1943] brachte Pastor F. Prahl auf Grund der Gespräche in diesem Kreis die Niederschrift zu Papier, in der Grundlinien des nach dem Kriege — am 22. November 1945 — gegründeten Bundes deutscher Nordschleswiger vorgezeichnet waren.

Was sich zwischen deutschen und dänischen Persönlichkeiten in dem Bemühen, nicht gutzumachenden Schaden von der Heimat abzuwenden, abspielte, gehört auch zum Bilde der Kapitulationszeit und der ersten Nachkriegszeit. Bleiben wir bei dem „Haderslebener Kreis“, so gab es schon in den Maitagen 1945 direkte Kontakte nach dänischer Seite. Die Initiatoren der Loyalitätserklärung vom 7. September 1945 — auch aus anderen Teilen Nordschleswigs — hatten durchaus eine Vorstellung von dem Zweck, dem die Erklärung dienen sollte, entwickelt im Gespräch mit dänischen Persönlichkeiten. Warum hätten die Unterzeichner sonst eine solche Erklärung veröffentlichen sollen? Sie gehörten ja zu *den* deutschen Nordschleswigern, deren Loyalität selbst 1945 nicht bestritten wurde und die einer Bekanntgabe nicht bedurfte.

Nun sagt aber Troels Fink in dem Interview: „Nach meiner Meinung hat sich die deutsche Minderheit nach 1945, als sie auf die Forderung nach einer Grenzrevision verzichtete, kein Verdienst erworben, denn es gab gar keine Alternative.“ Der Meinung, daß es keine Alternative gab, waren wir, die leitend tätig wurden, auch. Mit Rücksicht auf die Beruhigung in Nordschleswig, auf die Lage der deutschen Volksgruppe und die Notwendigkeit, der Gefährdung der Grenze durch die dänisch orientierte Heimatbewegung südlich der Grenze keinen Vorschub zu leisten. Für eine Reihe von uns stand zugleich fest, daß die [bestehende] Grenzziehung den De-facto-Verhältnissen entsprach.

Die Frage, ob wir uns Verdienste erwerben würden, konnte keine Rolle spielen. Wir handelten in einer Notsituation.

Aus der Formulierung Troels Finks könnte man jedoch den Eindruck gewinnen, als sei die Erklärung der Loyalität gegenüber der Grenze — als Glied einer Reihe gleichwertiger Prinzipien — für uns leichtes Spiel gewesen. Daß es keinerlei Alternative zu diesen Prinzipien gab, war damals keineswegs von der ganzen deutschen Volksgruppe akzeptiert, wohl nicht einmal von der Mehrheit, die erst dafür gewonnen werden mußte — auf einem schwierigen politischen Weg, auf dem es geschehen konnte, daß man als „Totengräber des Deutschtums“ charakterisiert wurde. Für die Zeit nach der Kapitulation und bis zum Abklingen der rückwirkenden Rechtsabrechnung war als Folge der Rechtsabrechnung die Notsituation der deutschen Volksgruppe, die ich angeführt habe, so groß, daß eine freie und offene „Bewältigung“ unserer Vergangenheit, wie Troels Fink sie vermißt, zunächst blockiert, später nur in Grenzen möglich war. Wie hätte man als alteingesessener [deutscher] Nordschleswiger, der seine Heimat und seine Landsleute liebt, den Kreisen Wasser auf ihre Mühlen leiten können, die

erklärtermaßen die Landesverweisung eines großen Teiles der deutschen Minderheit anstreben? Wie hätte man einem Staatsanwalt, der einen Frontfreiwilligen anklagte, Argumente liefern können?

Die Mitverantwortung für gestern, zu der wir uns durchaus bekannten, konnte doch nicht durch eine Mitschuld von heute wettgemacht werden. Es fiel mir und fällt mir schwer zu begreifen, warum man uns vorwarf, daß wir nicht gegen das Unrecht im Dritten Reich aufgetreten seien und im selben Atemzug von uns verlangte, das Unrecht [die Rechtsabrechnung], gegen das wir etwas tun konnten, gutzuheißen. Daß es nach der Besatzungszeit zu einer Rechtsabrechnung kommen mußte — relativiert durch den wirklichen Verlauf der Besatzungszeit —, war klar, aber sie brauchte nicht zu einem dunklen Kapitel in der dänischen Rechtsgeschichte zu werden.

Auch in der nachfolgenden Zeit aber, als die Rechtsabrechnung von rechtdenkenderen Politikern Stufe für Stufe eingeschränkt und abgewickelt worden war, und heute, da alles auf zeitlichen Abstand gekommen ist, gibt es, so wird Troels Fink sagen, nur Bücher, die die Zeit von 1933 bis 1945 als „eine Art Betriebsunfall der Geschichte hinstellen“. Um weiter aus dem Interview zu zitieren: „Ein Volksteil kann nicht einfach ein Kapitel der Geschichte überspringen.“ Nein, aber wer kann das Kapitel schreiben? Ist es das einzige, das fehlt? Haben wir aus dem Blickpunkt der Beteiligten greifbare und brauchbare Gesamtdarstellungen über die beiden Minderheiten von 1920 bis 1933? Haben wir sie für die dänische Minderheit von 1933 bis 1945 oder bezüglich der Periode, die ich in meinen beiden Büchern darzustellen versucht habe?

Was ich geschrieben habe und schreibe, auch wenn ich einmal weiter rückwärts schaue, ist Zeitgeschichte. Der zweite Satz des Interviews, der manche böse gemacht hat, besagt, daß meine beiden Bücher „Geschichtsschreibung zugunsten der deutschen Minderheit sind“. Das ist bloß nicht genau genug getroffen. Es handelt sich um zeitgeschichtliche Werke über die bewegten Ereignisse der Nachkriegsperiode nicht aus der Sicht der deutschen Minderheit allein, sondern aus der deutschen Sicht im Grenzland überhaupt, so wie der Verfasser sie persönlich erlebt und aus greifbaren wie nicht greifbaren Quelle belegt hat ... Dank der freundschaftlichen Beziehungen die in dieser eigenartigen Zeit zwischen den Akteuren zu beiden Seiten der Grenze bestanden, stammt vieles, um journalistisch zu sprechen, „von gutunterrichteter Seite“, die beratend und prüfend, aber anonym beteiligt war.

Troels Fink hält es, dem Interview zufolge, nach geschichtlicher Analyse der Situation in den Jahren 1952—54 für erwiesen, daß die Minderheitenerklärungen von 1955 „ohne Einfluß der Minderheiten selbst“ zustande gekommen seien. Er scheint sie ausschließlich im Zusammenhang mit den Umständen zu sehen, die gegeben waren, als Dänemark seine Zustimmung zur Aufnahme der

Bundesregierung in die NATO geben mußte. Den Kausalzusammenhang so zu vereinfachen, widerspricht eindeutig dem Verlauf der Dinge. Es liegt folgendes vor: Eine Gesamtregelung der Verhältnisse beider nationaler Minderheiten nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit — ob in der Form eines Grenzlandstatuts oder auf weniger formeller Ebene — gehörte zu den Grundvorstellungen des Bundes deutscher Nordschleswiger von 1945 an. Unabhängig davon entwickelte Dr. Richard Schenck [aus sozialdemokratischer Sicht] als grenzpolitischer Sprecher der [damaligen] schleswig-holsteinischen Landesregierung von Anfang an eine entsprechende Konzeption. Von Schenck über Dr. Bartram und Lübke bis v. Hassel vertrat Schleswig-Holstein die Forderung nach einer Gegenseitigkeitsregelung ... Ebenso konsequent wurde die deutsche Betrachtungsweise bis zu der besonderen Situation, die 1954 eintrat, sowohl von staatlicher als auch nichtstaatlicher dänischer Seite abgelehnt. Abgesehen von der Formel, man wolle „mit den Großen keine Kirschen essen“, beruhte die Ablehnung auf der These, in Nordschleswig sei im Zuge liberaler dänischer Minderheitenpolitik nichts zu regeln, nur südlich der Grenze sei das notwendig. Nehmen wir als konkretes Beispiel die Forderung der deutschen Volksgruppe nach einer Parallelerklärung zur „Kieler Erklärung“ vom 26. September 1949. Hans Hedtoft mußte sein „Notat“ in die Form einer prinzipiellen Ablehnung kleiden, dem wir im „Kopenhagener Protokoll“ einen positiven Akzent gaben.

Was sich änderte, war nicht die deutsche Einstellung zu bilateralen Regelungen, die man immer angestrebt hatte, sondern die dänische. Troels Fink muß an das rein Formale gedacht haben, daß die Minderheiten bei den dänisch-deutschen Verhandlungen im Frühjahr 1955, die zur Unterzeichnung der Minderheiten-Erklärungen durch H. C. Hansen und Konrad Adenauer in Bonn führten, nicht mit am Konferenztisch saßen oder hätten sitzen können. In jeder anderen Hinsicht wäre die These von der Einflußlosigkeit der Minderheiten irrig.

Für künftige Historiker wird es von besonderer Bedeutung sein, sich bei Betrachtung deutscher Grenzpolitik in der Nachkriegszeit zu vergegenwärtigen, daß kein „Normalzustand“ herrschte. Im „Normalzustand“ hat man einerseits die staatlichen Organe, andererseits die Organe der betreffenden nationalen Minderheit. Wie von beiden Seiten akzeptiert, finden zwischen ihnen Konsultationen statt. Aber als nach dem zweiten Weltkrieg das Land Schleswig-Holstein, später die Bundesrepublik Deutschland entstanden, geschah das vom Nullpunkt her. In dieser Situation entwickelten sich zwischen leitenden deutschen Persönlichkeiten südlich und nördlich der Grenze so enge Beziehungen, daß die Scheidelinie „hie Staat — hie Minderheit“ für diese Periode auf deutscher Seite irrelevant ist. Es gibt, vom Formalen abgesehen, die Frage überhaupt nicht, wo der Einfluß der deutschen Minderheit begann und aufhörte, denn zwischen ihren offiziellen Auffassungen und denjenigen der staatlichen deutschen Vertreter

herrschte volle Identität. Das gemeinsame Ziel war eine Befriedung des Grenzgebiets auf der Grundlage der bestehenden Grenze und nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit ...

Für uns Deutsche im Grenzland mußte die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in erster Linie darin bestehen, ihre Folgen zu überwinden.

*

Professor Finks Meinung läßt sich in Stichworten wohl so zusammenfassen: Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955 sind ohne Zutun der Minderheiten zustande gekommen - Der „Hadersiebener Kreis“ war nur klein und unbedeutend und seine Erklärung vom Sept. 1943 dementsprechend zu werten - Die deutsche Volksgruppe hatte entgegen dem die nationalsozialistische Ideologie weitgehend übernommen - Aus diesem Grunde waren die Beziehungen zwischen Deutschen und Dänen vollständig abgebrochen - Nach 1945 mußte darum erst einmal vieles vom Tisch - Die Loyalitätserklärung des BdN war kein Verdienst, sondern eine zwingende Notwendigkeit - Die Zeit von 1933—45 wird von vielen in der Volksgruppe nur als „Betriebsunfall der Geschichte“ angesehen - Es ist an der Zeit, diese Vergangenheit nicht auszuklammern, sondern kritisch zu bewältigen - Ernst Siegfried Hansen schrieb Geschichte zugunsten der Minderheit.

Die Gegenposition der deutschen Nordschleswiger ist etwa die folgende: Die Beziehungen zwischen Deutschen und Dänen in Nordschleswig sind zu keiner Zeit völlig abgebrochen gewesen - Die Bedeutung des „Hadersiebener Kreises“ für die Haltung der Volksgruppe wird offensichtlich verkannt - Die Loyalitätserklärung des BdN 1945 war zweifellos eine Notwendigkeit und kein Verdienst, aber eine Selbstverständlichkeit war sie damals nicht - Der Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit steht die Rechtsabrechnung, steht Faarhus im Wege - Es gibt bis heute keine wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte des Grenzlandes etwa ab 1920 - Ernst Siegfried Hansen schrieb ein Kapitel Zeitgeschichte, nicht Geschichte „zugunsten der deutschen Minderheit“ - Die politische Haltung der Volksgruppe nach 1945 war mittelbar für das Zustandekommen der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von positiver Bedeutung. So steht hier also zunächst Position gegen Position.

Für den an dieser Problematik besonders interessierten Leser sei auf die Nummer des „Nordschleswiger“ vom 31.12.72 und vom 13.1. und 3.2.1973 hingewiesen, denen die entsprechenden Passagen in dieser Zusammenfassung entnommen sind.

Kollaboration mit dem Nationalsozialismus? (I)

Am 9. Februar 1973 wurde in Brüssel der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) gegründet. Durch diese Vereinigung der westeuropäischen Gewerkschaften rücken dänische und deutsche Organisationen enger zusammen. Die Beziehungen zwischen den Verbänden verlieren ihren eher außenpolitischen Charakter und nähern sich einer quasi innenpolitischen Zusammenarbeit. Das mag Anlaß genug sein, die kritischen Phasen aufzuarbeiten, die beide Organisationen in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus vor dreißig und vierzig Jahren erlebt haben. Es geht also um „Gemeinsamkeiten“ der beiderseitigen Geschichte, die eine künftige Belastung sein können, deren gemeinsame „Bewältigung“ aber auch Voraussetzung einer Politik supranationaler Kooperation ist.

Die dänischen Gewerkschaften und die Politik der „Zusammenarbeit“ 1940 — 1942

Durch eine historische Studie von Tove Lund, Kopenhagen¹, werden wir über die Einzelheiten der umstrittenen Politik des dänischen Gewerkschaftsbundes (DsT) gegenüber der deutschen Besetzung und der Deutschen Arbeitsfront (DAF) informiert.

Ausgangspunkt dieser Politik war die Note der dänischen Regierung vom 9. April 1940. Man wollte die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Regierung, den Fortbestand der Organisationen, die Sozialversicherung und den Arbeitsschutz soweit irgend möglich erhalten. Dazu mußten Ruhe und Ordnung bewahrt, aber auch moralische und materielle Opfer gebracht werden. Politischer Exponent dieser schwierigen Politik war Th. Stauning, der langjährige, international anerkannte Führer der dänischen Arbeiterbewegung.

Am 1. Mai 1941 richtete Stauning einen eindrucksvollen Appell an die dänischen Arbeiter: Das Schicksal, meinte er, verpflichte die Arbeiter, zum Schutze des Dänischen, für Freiheit und Recht zusammenzuwirken. Reife und Verständnis der Arbeiterklasse hätten beigetragen zur nationalen Sammlung, die durch die harte Zeit führen solle. Es könne für den dänischen Arbeiter entscheidend sein, Freiheit und Selbständigkeit als Bürger im eigenen Land zu bewahren. Man müsse gewisse Opfer bringen. Die herrschende Besatzungsmacht stelle ihre Ansprüche. In dieser Zeit wäre kein Platz für Streiks.

Unter seinem Vorsitzenden Laur. Hansen hat der dänische Gewerkschaftsbund

sich an diese Marschroute zu halten versucht. So wurde ein restriktives Gesetz über die Regelung des Arbeitsverhältnisses (Lov om Arbejdsforhold) akzeptiert und durchgeführt. Es bedeutete den Verzicht auf das Streikrecht und die Verpflichtung zum sogenannten „Arbeitsfrieden“. Lohnpolitisch ging das auf Kosten der organisierten Arbeiterschaft.

Weit problematischer war die Mithilfe der dänischen Gewerkschaften bei der Stellung von Fremdarbeitern für das Nazireich. Immerhin wurden der Kriegswirtschaft dadurch etwa 75 000 Arbeitskräfte zugeführt. Zwar geschah das unter erpresserischem Druck von deutscher Seite — es ging u. a. um die Lieferung von Kohle und Koks —, aber die Gewerkschaften in Ländern wie Norwegen und Holland hatten sich gegenüber den deutschen Zumutungen ungleich härter erwiesen als der DsT.

Trotz der feindseligen deutschen Politik, die der „Verklavung“ eines Teils der dänischen Arbeiterschaft gleichkam, fanden Laur. Hansen und einige Mitarbeiter sich zu positiven Kontakten mit der Deutschen Arbeitsfront (DAF) bereit. Man reiste auf deutsche Einladung durch das Reich, um die Arbeitsverhältnisse zu studieren. Man arrangierte auch in Kopenhagen manche „Frokostsammenkomsten“ und führte dabei sehr höfliche, um nicht zu sagen kameradschaftliche Reden.

Nach dem Kriege ist Laur. Hansen wegen seiner Politik, die einer opportunistischen Kollaboration nahekam, zur Rechenschaft gezogen worden. Es ist nicht unsere Aufgabe, diesen Vorgang hier im einzelnen aufzurollen. Festzuhalten bleibt jedoch, daß die Haltung der dänischen Gewerkschaften in dieser Zeit — anders als die der holländischen und norwegischen — im Sinne einer rein materiellen Interessenvertretung der dänischen Arbeiterschaft durchaus erfolgreich genannt werden kann. Es gelang tatsächlich, die Organisationen zu erhalten und die materiellen Verluste zu begrenzen. Das ist um so überraschender im Hinblick auf die deutschen Gewerkschaften, die ja schon 1933 einen solchen Versuch der begrenzten Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Regime unternommen hatten und dabei eine demütigende Niederlage erleiden mußten.

*

Die Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland und die Haltung der freien Gewerkschaften

Die „Gleichschaltung“

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) am 2. Mai 1933

Die deutschen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten bildeten Ende der zwanziger Jahre die stärkste freie Gewerkschaftsbewegung der Welt.

Sie stellten mehr als 40 % aller im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) organisierten Werktätigen. Man war darum überzeugt, mit jeder künftigen Krise fertigzuwerden — sei es als „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ oder als „fröhlicher Erbe“³ eines verrottenden Systems. Es bedurfte nur des berühmten „Druckes auf den Knopf“, um putschistische, reaktionäre oder faschistische Aktionen im Generalstreik zu ersticken — so glaubte man jedenfalls im Ausland wie in Berlin.

Als im Jahre 1930 auf dem Londoner Kongreß der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) erste Zweifel laut wurden, widersprach Oswald Schumann vom Deutschen Verkehrsbund: „Ich weigere mich zuzustimmen, daß die faschistische Gefahr so groß werden kann, und glücklicherweise sind unsere Gewerkschaften so stark, um ihn (den Faschismus) eines Tages zu bewältigen“⁴. Noch im Februar 1933 reiste Hans Vogel für den SPD-Vorstand durch das Reich, um die Gewerkschaften für einen Generalstreik zu gewinnen. Sein Ergebnis: „Wenn wir auf den Knopf drücken, dann geht es los.“⁵ Aber Theodor Leipart, der Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), auf dessen Zeichen alle Kräfte des Widerstandes ungeduldig warteten, bekannte kleinmütig, „daß er es nicht über sich bringe, auf den Knopf zu drücken und das Signal zum Bürgerkrieg zu geben“⁶.

Am Vormittag des 2. Mai wurde schließlich doch „auf den Knopf gedrückt“. Aber „am Drücker“ saß nicht der empfindsame Theodor Leipart, sondern Robert Ley, der skrupellose Gehilfe Hitlers, ein notorischer Trinker und Raufbold⁷, zugleich promovierter Chemiker und seit einigen Tagen Leiter des sogenannten „Aktion Komitees zum Schutze der deutschen Arbeit“⁸.

Während an diesem sonnigen Morgen des 2. Mai das „große Erleben“ vom „Feiertag der nationalen Arbeit“ in ihnen „nachklingt“, so die schönfärberische Darstellung der Nazis, fahren Ley und Konsorten kurz nach 9.00 Uhr durch den anschwellenden Verkehr der Reichshauptstadt. Unterwegs überholen ihre Einsatzwagen einige Kolonnen der SA, Standarte Horst Wessel. Zunächst halten sie vor dem Gewerkschaftshaus am Engelufener: „Schon rücken von mehreren Seiten die braunen Kolonnen heran. Im Nu sind alle Eingänge besetzt.“ Wenig später parken die Wagen in der Inselstraße vor dem zentralen Gebäudekomplex des ADGB. „Was nun folgt, ist ein historischer Akt“, vermerkt der Nazi-Bericht und fährt fort: „Kein Lärmen, kein lautes Wesen wird an den Tag gelegt. Es ist fast feierlich, denn jeder ist sich der Größe der Stunde bewußt. Die Führer des ADGB werden, soweit sie anwesend sind, in einen Raum zusammengerufen. Der einstmals gewaltige Leipart befindet sich unter ihnen. Hier wird ihnen kundgetan durch den Pg. Muchow, daß ihre Herrschaft völlig zu Ende sei. Schweigend und völlig geknickt hören sie die harten, markanten Worte an. Der Genosse Leipart macht einen niedergeschlagenen, fast bemitleidenswerten Eindruck. Kein Haar

wird ihnen gekrümmt, jedoch werden sie in Schutzhaft genommen, damit sie den Organisationsapparat nicht in Unordnung bringen können“¹⁰.

Was von der Nazipropaganda dergestalt zu einem pathetischen historischen Weiheakt stilisiert wurde, war ein brutales, reichsweites Verbrechen gegen das Selbstbestimmungsrecht der organisierten deutschen Arbeiterschaft. Am Morgen des 2. Mai hatte sich der Bundesvorstand des ADGB im Gewerkschaftshaus zu einer friedlichen Sitzung getroffen¹¹. Gegen 10.00 Uhr wurde das Gebäude von braunen Trupps mit Revolvern und Schlagwerkzeugen gestürmt. Geschrei, Lärm, Schüsse. Feuer auf die Büste Karl Legiens. Alle Funktionäre werden in einem Raum im Erdgeschoß zusammengetrieben. Ley naht in der Pose des Herrschers. Mit schwerer Zunge verkündet er die Übernahme der Gewerkschaften und erklärt die Funktionäre für verhaftet. Eine Alkoholwolke umschwebt ihn.

Die Gewerkschafter werden auf einen Lastwagen gepfercht. Das umstehende Volk, für dessen Interessen sie gearbeitet haben, jöhlt. Die Verhafteten sollen in das KZ Oranienburg verbracht werden. Aber das Lager ist bereits überfüllt. Stattdessen sperrt man die Opfer in einen Keller an der Parochialstraße. Dort treibt die SA ihre rohen Streiche an den Wehrlosen. Die Nacht verbringen sie ohne Betten und jede Versorgung. Am 3. Mai werden sie zu Fuß ins Polizeipräsidium gebracht. Aus Raummangel müssen alle 40 Gefangenen in einer Sammelzelle Unterkommen.

Immerhin verhält sich die preußische Polizei korrekter als die Schlägertrupps der SA. Während unbekanntere Funktionäre in den Folterkellern der SA weiter gequält werden, ist man sorgsam bedacht, zunächst keine prominenteren Märtyrer zu schaffen. Leipart und sein Stellvertreter Peter Graßmann werden — wie es heißt — mit „Herzleiden“ und „Gelenktuberkulose“¹² ins Staatskrankenhaus eingeliefert. Aus den mächtigen „Ärzten am Krankenbett des Kapitalismus“ sind bejammernswerte Zwangspatienten des Nationalsozialismus geworden. Der „feuchtfrohliche“ Erbe hieß Robert Ley. Die Betrogenen waren deutsche Arbeiter, Angestellte und tapfere Funktionäre der Arbeiterbewegung, die oft namenlos blieben. Die leidtragenden Opfer des folgenschweren Geschehens sollten in zwölf Jahren nach Millionen und Abermillionen zählen. Kein Bürgerkrieg hätte blutiger ausgehen können.

Strategie des Abwartens 1930-1933

Wer nach den Ursachen fragt, kann unterschiedliche Antworten erhalten: Die einen sehen im 2. Mai 1933 die Quittung für den 4. August 1914, als deutsche Arbeitervvertreter für die Bewilligung der Kriegskredite stimmten¹³. Andere betrachten den Zusammenbruch der Weimarer Republik als Ergebnis eines „Geburtsfehlers“, als zwangsläufiges Resultat einer unvollendeten revolutionären Entwicklung in den Jahren 1918/19. Sie sehen den Zusammenbruch als

erfolgreiche Konterrevolution gegen die Halbheiten der Revisionisten und Republikaner, die es versäumten, die ostelbischen Krautjunker und rheinischen Schlotbarone rechtzeitig und gründlich zu enteignen¹⁴.

Wer sich an die unmittelbar greifbaren Zusammenhänge halten will, erblickt den Anfang einer verhängnisvollen Serie falscher Entscheidungen im Bruch der „Großen Koalition“ Anfang des Jahres 1930, als — übrigens auf Betreiben der Gewerkschaften — das letzte sozialdemokratisch geführte Reichskabinett unter Hermann Müller die Macht aus den Händen gab¹⁵.

Von diesem Zeitpunkt an hat die deutsche Arbeiterbewegung nie wieder die Initiative ergreifen können. Man verzichtete auf die Macht und fühlte sich zugleich verpflichtet, keine wirksame Opposition zu betreiben. „Fest wie ein Fels im wilden Meer“ stand zwar weiterhin „der Arbeit gewaltiges Heer!“ Das „Reichsbanner“ und die „Eiserne Front“ demonstrierten Kraft und Disziplin. Die politische Führung zeigte sich aber außerstande, in ihrer doppelten Frontstellung gegen Nazis und Kommunisten eine dynamische Strategie zu entwickeln. Man wartete ab, und jede versäumte Gelegenheit mündete in eine Phase fortschreitender Passivität. Zugleich eroberten Nazis und Reaktionäre Position um Position in einem Staat, den zu vernichten ihr offen erklärtes Ziel war.

Als mit Papens Staatsstreich im Juli 1932 das letzte starke Bollwerk der Demokratie gestürmt wurde, gab es keine Ausflucht mehr. Gegen den offenen Staatsstreich war der aktive Widerstand zu setzen.

Am Vormittag des 20. Juli 1932 berieten die Spitzen des ADGB, der SPD und des Reichsbanners im Gewerkschaftshaus an der Inselstraße¹⁶. Otto Wels, Vorsitzender der SPD, und Theodor Leipart rangen um eine Lösung: Würden die Eisenbahner, die Gemeinde- und Staatsarbeiter stark genug sein, um ihre entscheidende Funktion in einem Generalstreik zu erfüllen? Der Vorsitzende der Eisenbahner, Scheffel, antwortete sichtlich verlegen. Welche Parole wollte man ausgeben? Wie lange sollte der Generalstreik dauern? Der Vertreter des öffentlichen Dienstes, Becker, äußerte sich noch zurückhaltender.

Kopflosigkeit und Verwirrung kennzeichneten die Beratungen. Niemand wollte die Verantwortung für einen ungewissen Ausgang übernehmen. Stattdessen hoffte man auf ein besseres Ergebnis bei der bevorstehenden Reichstagswahl am 31. Juli 1932. Aber was tut ein ratloses Volk, wenn es in Bedrängnis kommt? Läuft es etwa über zu den Helden des Abwartens und der Passivität? Die Nazis konnten ihre bisher größte „Ernte“ einbringen. Sie wurden zur stärksten Fraktion im Reichstag.

Vermutlich war die Entscheidung über das Schicksal der Weimarer Republik damit bereits gefallen. Das Abwarten aus Entschlußlosigkeit verwandelte sich nun mehr und mehr in ein Abwarten aus Schwäche, begleitet von peinlichen Annäherungsversuchen gegenüber dem intriganten Kurt von Schleicher und dem

desparaten „linken“ Flügel der NSDAP.

Als Hitler Ende Januar 1933 im Begriff war, das Amt des Reichskanzlers zu erklimmen, einigten sich die Spitzenverbände aller gewerkschaftlichen Organisationen immerhin auf einen gemeinsamen Schritt: Sie schickten ein Telegramm an den „Ersatzkaiser“, an Herrn von Hindenburg. „Die Gewerkschaften erwarten“, so hieß es, „daß Sie, Herr Reichspräsident, allen unterirdischen Bestrebungen, die auf einen Staatsstreich hinzielen, Ihren entscheidenden Widerstand entgegensetzen und auf einer verfassungsmäßigen Lösung der Krise bestehen.“¹⁷

Wäre der Reichspräsident ein Demokrat oder gar ein Arbeiter gewesen, er hätte umgekehrt die Gewerkschaften zum „entscheidenden Widerstand“ aufgerufen. So aber konnte er sich damit begnügen, Hitlers Weg zur Macht „verfassungsmäßig“ zu gestalten, während die Gewerkschaften ihre Mitglieder ermahnten, „Besonnenheit und kühles Blut“¹⁸ zu bewahren.

Am Tage nach Hitlers Machtergreifung versammelte sich der Bundesausschuß des ADGB zu seiner 13. Sitzung. Leipart und Graßmann erläuterten ihre Politik. Die Aussprache ergab „in eindrucksvoller Weise die einmütige Übereinstimmung aller Verbandsvertreter mit der Haltung, die der Bundesvorstand in diesen entscheidenden Tagen eingenommen“¹⁹ hatte. An die Mitgliedschaft gerichtet, hieß es weiter: „Daß die deutsche Arbeiterschaft, soweit sie den Geist der deutschen Arbeiterbewegung in sich aufgenommen hat und gewerkschaftlich geschult ist, sich gegen diese sozialreaktionäre Regierung am liebsten zur Wehr setzen würde, ist menschlich begreiflich, aber sachlich falsch. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Gewerkschaften der deutschen Arbeiterschaft schädigen würden, wenn sie diesen Impulsen nachgeben würden. Die Ruhe und die Zuversicht, die für die Verhandlungen des Bundesausschusses kennzeichnend war, kommt nicht von ungefähr, sie stammt aus der genauen Kenntnis der deutschen Arbeiterschaft, die in ihrer jahrzehntelangen Geschichte schon manchen Gegner kommen und gehen sah, von dem die Sage ging, daß er die Arbeiterbewegung endgültig vernichten werde. Dieses Bewußtsein der Kraft, daß keiner großen Geste bedarf und der Disziplin der Arbeiterschaft sicher ist, ist die feste Grundlage der ruhigen Haltung der gewerkschaftlichen Führung in den letzten Tagen.“²⁰

Wer den Bericht von der Bundesausschußsitzung gutwillig aufnahm, mochte daraus noch eine sanfte Drohung herauslesen: „Die Gewerkschaften werden im einzelnen Falle ihre Haltung zu dieser Regierung von ihren Taten abhängig machen. Sie stehen bereit, wenn nötig jeden Tag, neue Entscheidungen zu treffen.“²¹ Aber dieser Wortlaut ließ auch einen anderen Schluß zu: Wenn die Regierung sich weniger gewerkschaftsfeindlich zeigte, welche neue Entscheidung würde man dann erwägen?

Leipart ließ alle Möglichkeiten offen: „*Organisation* — so sagte er — „*nicht Demonstration: das ist die Parole der Stunde.*“²² Es wurde also weiter abgewartet.

Taktik der Anpassung: Februar/März 1933

Zwar riskierten die Gewerkschaften Mitte Februar noch einen mutigen Aufruf zur letzten freien Reichstagswahl²³, die am 5. März stattfinden sollte. Aber zugleich reifte der verführerische Gedanke, „daß der regierende Nationalsozialismus ein anderes Gesicht“ annehmen könnte „als der angreifende“²⁴, und zwar ein freundlicheres.

Jahre zuvor, als Hitler noch nicht auf die spätere Wahlkampfhilfe der großen Industrie spekulierte, hatte er schon einmal eingeräumt, daß Gewerkschaften „notwendig“ wären²⁵. Ohne Juden, so meinte er, könnten sie „ein Segen der Nation sein“²⁶.

Bei einem umstrittenen Kontaktversuch im August 1932 wurde noch deutlich herausgestellt, daß beide Bewegungen, die der Nazis und die der Gewerkschaften, durch „nationale Ideen von sehr ausgeprägter Verschiedenheit“²⁷ getrennt wären. Seit der Machtergreifung aber bemühten sich Leipart und seine beiden wichtigsten Redakteure, Lothar Erdmann und Richard Seidel, um die Formulierung einer nationalen Gewerkschaftsideologie, die den Nazis entgegenkommen sollte.

In einem Aufsatz über die „Leistungen der Gewerkschaften für Volk und Staat“ meinte Leipart, die Gewerkschaften ebneten jenen „Pfad, auf dem der aus jeder Bindung an Boden und Tradition gelöste Proletarier“ hinfinden könne „zur Heimat des Volkes“²⁸. Seidel nannte die Gewerkschaften „gewachsene Glieder des Volkslebens, mit tausend Nervenfäden organisch gebunden an das Ganze, in ihrem eigenen Dasein auf Gedeih und Verderb abhängig vom Schicksal der Nation“²⁹. In seinen Betrachtungen über „Nation, Gewerkschaften und Sozialismus“ stieß Lothar Erdmann ebenfalls in das nationale Horn: „Durch Sozialismus zur Nation!“ lautete seine Devise³⁰. Damit verband er die konservative Lehre vom gewerkschaftlichen „Ordnungsfaktor“. Erdmann meinte: „Die Gewerkschaften“ wären „eine ordnende Kraft“. Zwar fügte er hinzu, ihr „geschichtliches Wesen“ wäre „Freiheit, Freiheit innerhalb der Wirtschaft, Unabhängigkeit vom Staat“. Aber es gäbe einen tiefgreifenden Strukturwandel in Wirtschaft und Staat. Das „Schicksal“ der Gewerkschaften könne deshalb sehr wohl „der Staat sein“³¹.

Während man sich dergestalt ideologisch anzubiedern versuchte, rollte im Reich besonders in Ostpreußen, Bayern, Schlesien und Sachsen eine Welle nationalsozialistischer Willkürakte. Das Verbandsblatt des „Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe“ wurde wegen „Aufforderung zum Hochverrat“ verboten³². Ähnlich erging es anderen Blättern, die nicht gleich auf

„Ruhe und Ordnung“ schalteten.

Zugleich wurden zahlreiche Gewerkschaftshäuser besetzt, widerstrebende Funktionäre terrorisiert und in einzelnen Fällen ermordet. Aus etwa 160 Orten des Reiches gelangten Hilferufe an den Bundesvorstand des ADGB³³.

Die Kommunisten schrien nun lauthals: „Rettet die Gewerkschaften! Verteidigt eure Organisationen gegen die Angriffe der faschistischen Sozialreaktion und der kapitalistischen Lohnräuber.“³⁴ Schon Ende Januar hatten sie im Alleingang den „Generalstreik“ proklamiert³⁵. Das war vergebens, denn wer erlebt hatte, wie Ulbricht und Goebbels zwei Monate zuvor den wilden Streik gegen die Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG) arrangiert hatten, konnte diese „unheilige Allianz“³⁶ so rasch nicht vergessen.

Die falsche Frontstellung der Kommunisten, gepaart mit revolutionärem Übereifer³⁷, steigerte nur die Unsicherheit im gewerkschaftlichen Lager. Ein so scharfsinniger Beobachter wie Rudolf Hilferding meinte: „Der immer erneute Versuch, die ‚Einheitsfront‘ zur Entlarvung der sozialdemokratischen Führung, zur Abtrennung der sozialdemokratischen Massen auszunutzen, die ‚echt revolutionäre Haltung‘ der Komunisten mit dem ‚Verrat der Sozialdemokraten‘ zu kontrastieren, verwandelt naturgemäß jede außerparlamentarische Aktion in ein putschistisches Abenteuer.“³⁸

Immerhin gab es Möglichkeiten, den Nazis entgegenzutreten, ohne ein solches Risiko einzugehen. Ein Beispiel gab Otto Wels, als er am 23. März 1933 im Reichstag gegen das „Ermächtigungsgesetz“ plädierte: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!“³⁹

Unterdes war der Vorstand des ADGB bemüht, die Politik der ideologischen Annäherung durch eine Praxis der erfolgreichen Anpassung zu „krönen“. Ein Appell an den Reichspräsidenten, die Gewerkschaften gegen Willkür und Terror zu schützen⁴⁰, schien nicht erfolglos zu verfallen. Es kam zu einer Aussprache mit Reichsminister Göring⁴¹, der die „Einzelaktionen“ der SA mißbilligte. Hitler mahnte seine rabiaten Anhänger, mehr Disziplin zu üben. Durch Verordnungen und Erlasse sollte die Freigabe der Gewerkschaftshäuser geregelt werden.

Mitte März bahnte sich scheinbar eine Verbrüderung von Nazis und Gewerkschaftern an. Die Lehrer in der Bundesschule Bernau bei Berlin bereiteten eine Entschließung vor, in der die „Gewerkschaftsspitzen“ aufgefordert werden sollten, „Brücken zum Nationalsozialismus zu schlagen“⁴². Der ängstliche Schulleiter bangte um die letzte Möglichkeit, „daß die Gewerkschaften sich der Entwicklung noch irgendwie anschließen“⁴³ könnten.

Durch die Presse schwirrten Gerüchte über die Bildung einer „Einheitsgewerkschaft“, die Einsetzung eines „Reichskommissars“ und die „korporative“ Lösung der Gewerkschaftsfrage nach dem Vorbild des italienischen Faschismus⁴⁴. Am 18. März berichtete die Deutsche Allgemeine Zeitung: „Wie wir

hören, sollen die freien Gewerkschaften an den Reichskanzler herangetreten sein, um mit ihm die Möglichkeit der Mitarbeit zu erörtern.“ Zwei Tage später verabschiedete der Vorstand des ADGB tatsächlich eine „Erklärung“, in der er seine Unabhängigkeit von politischen Parteien und damit von der Sozialdemokratie bekanntgab. Im gleichen Text wurde eine „staatliche Aufsicht“ akzeptiert. „Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften“, so hieß es, „müssen erfüllt werden, gleichviel, welcher Art das Staatsregime ist“⁴⁵. Diese Erklärung wurde Hitler durch Leipart übermittelt⁴⁶. Gleichzeitig kam es zur „Selbstaflösung“ der „Eisernen Front“, deren gewerkschaftliche „Hammerschaften“ den stolzen Kern dieser „Kampforganisation gegen den Faschismus“ gebildet hatten. Ein weiteres Hindernis im Prozeß der Anpassung war damit beseitigt.

Freilich stand an der Spitze der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen (AfA-Bund) mit dem „Nichtarier“ Siegfried Aufhäuser immer noch eine Persönlichkeit, mit der die Gewerkschaften schwerlich zum „Segen der Nation“ im Sinne Hitlers werden konnten. Von Angriffen, Zweifeln und Ängsten entnervt, bot Aufhäuser seinen Rücktritt an. Leipart hinderte ihn nicht⁴⁷. Nun schien der Weg frei für eine „saubere Sonderlösung“ der Gewerkschaftsfrage.

Wenn uns die letzte Entwürdigung des ADGB-Vorstandes, seine Transformation in einen Klub der „Märzgefallenen“, erspart geblieben ist, dann liegt das an der ungebrochenen Treue der Arbeiter in den Betrieben und an der härteren Haltung einzelner Gewerkschaften wie des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes⁴⁸. Namen wie Heinrich Schliestedt und Hans Böckler bürgten schon damals für eine unnachgiebige Politik. Beide beteiligten sich nicht am sogenannten „Leipart-Kurs“⁴⁹.

(Fortsetzung und Schluß im Grenzfriedensheft 2/73)

ANMERKUNGEN

- 1 Tove Lund: Fagbevægelsens forhold til samarbejdspolitikken 1940—1942, in: Aarbog for Arbejderbevægelsens Historie, Bd. 2, Fremad 1972, S. 71—123.
- 2 Clark Kerr: The Trade Union Movement and the Redistribution of Power in Postwar Germany, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. LXVIII, November 1954, S. 564.
- 3 Fritz Tarnow: Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse, Referat, gehalten auf dem Leipziger Parteitag der SPD am 1. Juni 1931, Organisationsausgabe, S. 21.
- 4 Zitiert nach Hans Jahn, in: Protokoll vom Gründungsverbandstag der GdED, 1948, S. 113.
- 5 Hans J. L. Adolph: Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894—1939, Berlin 1971, S. 251.
- 6 Ebenda, S. 252.
- 7 Rundschau, Basel, 2. Jg., 23.6.1933, S. 681.

- 8 Arbeitertum, 3. Jg., Folge 6, 15. 5.1933, S. 17.
- 9 Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, 71. Jg., 20.5.1933, S. 184.
- 10 Ebenda.
- 11 Dies und das Folgende nach: Joachim G. Leithäuser: Wilhelm Leuschner, ein Leben für die Republik, Köln 1962, S. 109 ff.
- 12 Korrespondent, 71. Jg., 24.5.1933, S. 188.
- 13 (Siegfried Aufhäuser): Wie es kam. Die deutschen Gewerkschaften und der Faschismus, in: Arbeiterzeitung, Wien, 46. Jg., 7.5.1933.
- 14 Walter Ulbricht: Vergangenheit und Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1963, S. 25 f. Derselbe: Probleme der Entmachtung der Konzernherren und Kriegsverbecher, in: Die Arbeit, 1. Jg., 1947, H. 5, S. 112.
- 15 Helga Timm: Gewerkschaften u. Parlament in Deutschland, in: Viertes Europäisches Gespräch, S. 56-71.
- 16 Dies und das Folgende nach H. J. L. Adolph (s. o.), S. 243.
- 17 Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., 4. 2.1933, S. 1.
- 18 Ebenda, Aufruf vom 30. Januar.
- 19 Ebenda, Bericht von der 13. Bundesausschußsitzung des ADGB, 31.1.1933.
- 20 Ebenda.
- 21 Ebenda.
- 22 Ebenda.
- 23 Gewerkschafts-Zeitung, 4. Jg., 25. 2. 1933, S. 113.
- 24 Ebenda, 1. 4.1933, S. 197, Das Programm des Kabinett Hitler.
- 25 Adolf Hitler: Mein Kampf, S. 672; vgl. S. 48 ff.
- 26 Ebenda, S. 354.
- 27 Lothar Erdmann: Akten-Notiz, 29.8.1932, S. 7, in: Furtwängler, Archivschachtel im DGB-Archiv Düsseldorf.
- 28 Theodor Leipart: Leistungen der Gewerkschaften für Volk und Staat, in: Soziale Praxis, 42. Jg. 1933, H. 8, Sp. 230.
Dasselbe in: Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., 25.2.1933, S. 114-116, und in: Korrespondent, 71. Jg., 1.3.1933, S. 95-96
- 29 (Richard Seidel): Die Gewerkschaften, in: Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., 1.4.1933, S. 196.
- 30 Lothar Erdmann: Nation, Gewerkschaften und Sozialismus, in: Die Arbeit, 10. Jg. 1933, H. 3, S. 160.
- 31 Ebenda, S. 159.
- 32 Franz Josef Furtwängler: ÖTV, Die Geschichte einer Gewerkschaft, 4.Aufl., Stuttgart 1964, S. 577 ff. Als Beispiel für zahlreiche parallele Verbote vgl.: „Erinnerung an 1933 ...“ in: Stimme der Arbeit, 2. Jg., 30.11.1947 Verfasser ist Theodor Thomas, der aus seiner Erfahrung als Gewerkschaftsjournalist berichtet.
- 33 Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., 8.4.1933, S. 220.
- 34 Rundschau, Basel, 2. Jg. 28. 4.1933, S. 21 f.
- 35 Ebenda, 25. 3. 1933, S. 23.
- 36 Ludwig Rosenberg: Entscheidungen für morgen - Gewerkschaftspolitik heute, 2. Aufl., Düsseldorf 1969, S. 84. Vgl.: Bericht G. L. Glasers, in: Manfred Jenke: Zur Geschichte

des 1. Mai, Düsseldorf o. J., S. 51 ff.

- 37 Vgl.: Karl Fugger: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1949, S. 193 f.
- 38 Rudolf Hilferding Zwischen den Entscheidungen, in: Die Gesellschaft, H. 1, 1933, S. 8.
- 39 Wortlaut der Rede u. a. bei Ernst Deuerlein: Der Reichstag, Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst, Heft 58.
Originalbeleg: Stenographische Protokolle, Reichstag, 2. Sitzung, Donnerstag, den 23. März, S. 33.
- 40 Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., 18.3.1933, S. 163.
- 41 Ebenda, 8. 4.1933, S. 220.
- 42 Hermann Seelbach: Das Ende der Gewerkschaften, Aufzeichnungen über den geistigen Zusammenbruch eines Systems, Berlin 1934, S. 20.
- 43 Ebenda.
- 44 U. a. Richard Winners: Was wird aus den Gewerkschaften? in: Vossische Zeitung, 25.3.1933.
- 45 Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., 25.3.1933, S. 177.
- 46 Rundschau, Basel, 2. Jg. 31. 3. 1933, S. 172.
- 47 Fritz Tarnow an Heinrich Schliestedt, 21. 9. 1936, Archivschachtel im DGB-Archiv Düsseldorf. Ferner: Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., 1.4.1933, S. 207.
- 48 Fritz Opel/Dieter Schneider: Fünfundsechzig Jahre Industriegewerkschaft 1891 bis 1966, Frankfurt 1966, S. 278 ff. (Siegfried Aufhäuser): Wie es kam (s. o.).
- 49 Ulrich Borsdorf: Hans Böcklers Stellung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Hausarbeit, Maschinenschrift, Bochum 1972, S. 66.